

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK



ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077,
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.

16. Jahrgang

Sonntag, 18. Oktober 1936

Nr. 243

Hitler will sich nicht binden

Neue Einwände gegen Locarno-Erneuerung

London. Wie in London verlautet, wird in der deutschen Note, die als Antwort auf die britischen Anregungen im Zusammenhang mit der Locarno-Konferenz der britischen Regierung übermittelte wurde, erklärt, daß Deutschland nicht bereit wäre, ein neues Locarno-Abkommen zu unterzeichnen, das den Vertragsteilnehmern das Recht einräumt würde, zur legitimen Verteidigung oder im Sinne der Art. 15 und 16 des Völkerbundespaktes oder im Sinne des Art. 2 des ursprünglichen Vertrages militärische Maßnahmen zu treffen.

Diese deutsche Antwortnote wird in britischen politischen Kreisen dahin beurteilt, daß sie die Absicht Deutschlands, dem Völkerbund fernzubleiben, bestätigt. Daher glaubt man, daß die Hoffnungen für die neue Locarno-Konferenz, die schon vorher bescheiden waren, neuerlich bedroht sind.

Roosevelts Gegenkandidat ein Mann der Unternehmer

Wilmington (Delaware). Der Vorsitzende des Wahlschusses der demokratischen Partei Guffey führt in einem von ihm ausgegebenen Bericht an, daß für den Wahlfonds der republikanischen Partei und für die Wahl ihres Kandidaten Laundon zum Präsidenten der Vereinigten Staaten bereits 383.000 Dollars von den Mitgliedern der Familie Dupont und den ihr nahestehenden Kreisen ausgegeben wurden. Die Brüder Dupont sind bekannte Besitzer einer Explosivstoffabrik und geben zu, daß sie der republikanischen Partei gemeinsam einen Beitrag von 194.000 Dollar gewidmet haben; einer der Brüder erklärte, daß er außerdem für seine Person einen erheblichen Teil beigetragen hat. Guffey erklärte, daß das Ergebnis seiner Untersuchung ihn zu der Annahme berechtigt, daß die Beiträge der Gruppe Dupont für den Wahlfonds der republikanischen Partei dreiviertel Millionen Dollar erreichen werden.

Die Unruhen in Bombay

Hindu-Tempel in Brand gesteckt

Bombay. (Neuter.) Die Unruhen und Zusammenstöße zwischen Mohammedanern und Hindus forderten in den letzten Tagen in Bombay im ganzen 38 Opfer an Menschenleben. Außerdem wurden etwa 360 Personen verletzt.

Nach einer verhältnismäßig ruhigen Nacht nahmen Samstag morgens die Unruhen neuerlich ihren Anfang. Mehrere Geschäfte wurden geplündert. Während die Polizei durch Gewehrfeuer eine Gruppe von Hindus zurückdrängte, die den Versuch unternahm, einen mohammedanischen Moschee anzuzünden, gelang es Mohammedanern, einen Tempel der Hindus in Brand zu stecken. Es wird sich wahrscheinlich die Notwendigkeit ergeben, zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung Militärabteilungen einzusetzen. Führende Persönlichkeiten der Hindus sowie auch der Muselmanen hielten am Freitag eine gemeinsame Sitzung ab, in welcher sie zu einem gemeinsamen Übereinkommen gelangten und an die Bevölkerung einen Aufruf erließen, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Dieser Aufruf blieb jedoch unbeachtet.

Triumphzug mit tragischem Ausgang

London. Wie Neuter aus Kairo berichtet, ereignete sich bei der Rückkehr des ägyptischen Premierministers Rafas Pascha ein tragischer Unglücksfall. Als der Kairo-Alexandria-Express, in dem sich der Premierminister befand, die Station von Koutf, 50 Kilometer von Kairo, passierte, fuhr er in die begehrteste Menge hinein, die den Premierminister begrüßen wollte. 18 Personen wurden getötet und fünf schwer verletzt.

Blum verstaatlicht Flugzeugfabriken

Arbeiter-Vertreter in den Verwaltungsräten

Paris. Das Ministerium für Flugwesen teilt mit, daß nach dem Gesetze vom 11. August dieses Jahres sämtliche Fabriken als Staatsunternehmen erklärt werden, die für die Landesverteidigung bestimmtes Flugzeugmaterial, Flugzeuge und Motoren bauen.

Für den Bau von Land- und Wasserflugzeugen werden künftig vier Gesellschaften vom Luftfahrtminister gebildet werden. Der französische Staat wird zwei Drittel des Kapitals dieser Gesellschaften zeichnen. Weiter hat der Luftfahrtminister beschlossen, daß neben den Vertretern des Staates in den Verwaltungsräten dieser Gesellschaften auch Vertreter des technischen Personals und der Arbeiter sitzen.

Das Ringen vor Madrid

Madrid. (Neuter.) Auf allen nach Madrid führenden Straßen wurden von der Madrider Regierung tiefe Verhaue von spanischen Reitern und einem dichten Stacheldrahtnetz errichtet. Die Regierungsmiliz muß täglich heftige Frontalangriffe der Aufständischen zentralen und südwestlichen Front zurückschlagen. Die Aufständischen haben im Fliegerwesen und in der Artillerie eine beträchtliche Uebermacht, wodurch es ihnen gelungen ist, auf der westlichen Front Raum zu gewinnen, doch wurde an der Toledo-Front der Vormarsch der Aufständischen bereits nach der Einnahme dieser Stadt und der Stadt Vargad zum Stehen gebracht. Seit einigen Tagen ist es denn auch an dieser Front den Aufständischen nicht gelungen, einen Fortschritt zu erzielen. Die Moral der

Regierungsgruppen und der Miliz hat sich eben deshalb gebessert, weil die Aufständischen an der Toledo-Front keine weiteren Offensivbewegungen durchführen konnten.

Oviedo von Legionären entsetzt?

Der Radiosender Cadix meldet:

„Am 17 Uhr 30 am Samstag abends zog eine siegreiche Hilfskolonne, bestehend aus den Fremdenlegionären „el tercio“ und aus den „regulares“, Abteilungen in die Stadt Oviedo ein, überfiel die letzte Gruppe der Regierungsmiliz, welche die Aufständischen angriff, die sich auf Barrikaden im Stadtzentrum verteidigten, und entsetzte die Belagerten.“

Belgien erfüllt seine Verpflichtungen

Auch das Übereinkommen der Generalstäbe

Paris. Der diplomatische Meinungsaustausch zwischen Paris, Brüssel und London ist in vollem Zuge. Aus einer Rede des belgischen Außenministers Spaak und aus der Versicherung der belgischen Regierung in London geht hervor, daß Belgien bis zur Vereinbarung neuer internationaler Abkommen seine aus dem Locarno-Pakte bzw. aus dem Übereinkommen der Generalstäbe, welches nach dem im März erfolgten Aufkündigung des Locarno-Paktes seitens Deutschlands zustande kam, sowie aus den Bestimmungen des Völkerbundespaktes sich

ergebenden Verpflichtungen nicht aufzuheben beabsichtigt.

Man versichert, daß der belgische Außenminister Spaak Ende Oktober oder in den ersten Novembertagen nach Paris kommen werde. Belgien wolle sich aktiv an allen eventuellen Beratungen der westeuropäischen Staaten beteiligen und selbst zu der Einberufung einer Konferenz über den Abschluß eines Flugabkommens der westeuropäischen Staaten den Anstoß geben.

Offener Brief der Werktätigen Oesterreichs an Schuschnigg

Wien. (Eig. Ver.) Für diesen Sonntag ist in Wien eine große Volkskundgebung arrangiert. Sie soll vor der ganzen Welt zeigen, daß die Regierung Schuschnigg auch in den breiten Massen der Arbeiter und Angestellten verankert sei. Aus diesem Anlaß richtet die Leitung des Bundes der freien Gewerkschaften — die in Oesterreich trotz allem weiterbestehen und wieder sehr stark sind — an den Bundeskanzler einen im doppelten Sinne offenen Brief.

Das Schreiben stellt — unter Hinweis auf eine ganze Reihe amtlicher Ziffern — fest, daß sich unter dem heutigen Regierungssystem die Lage der Arbeiter, der Angestellten und der Gewerbetreibenden ebenso wie die der freien Berufe und der Bauern katastrophal verschlechtert habe. Die von der Regierung gegründete sogenannte Einheitsgewerkschaft habe nicht vermocht, die Arbeiter und Angestellten vor dieser Verschlechterung zu schützen. Die Werktätigen des Landes seien heute nicht nur politisch und sozial entrechtet, sondern auch wirtschaftlich mehr verelendet als je. Rund 200.000 Personen weniger als im Jahre 1933 hatten heute noch Arbeit. Löhne und Gehälter seien gewaltig heruntergegangen. Das gleiche gelte für die Leistungen der sozialen Versicherungen. Erzeugung und Verbrauch der wichtigsten Bedarfsstoffe seien traurig

gesunken. Nur der Rüstungsindustrie gehe es gut. Eine Sozialpolitik gebe es überhaupt nicht mehr. In den amtlichen Berichten der Gewerbeinspektoren werde offen zugegeben, daß sich fast niemand mehr um die sozialpolitischen Gesetze kümmere. Die Steuerpolitik der Regierung habe darin bestanden, alle die Armen belastenden Steuern zu erhöhen, neue solche Steuern zu schaffen und die meisten Steuern auf Luxusbedürfnisse zu beseitigen. Es sei gelungen, die Warenausfuhr und den Export ungeheuer zu erschweren und die Kaufkraft der Massen tief herabzusetzen. Man habe den auswärtigen Markt nicht gewonnen und den inneren nahezu vernichtet. Das seien die Ergebnisse einer angeblich von christlichen Grundfragen, von den Michailinien des „Quadragesimo anno“ bestimmten Staatsführung, eines Regimes, das den Werktätigen jede Selbstverwaltung genommen habe. Die freien Gewerkschaften, deren Anhänger dem Sozialismus treu bleiben, erachten es darum als ihre wichtigste Aufgabe, für das Wiedererlangen aller demokratischen Freiheiten bis zum völligen Siege unbeirrt zu kämpfen. Der vom Sonntag an erwartenden Vertrauenskundgebung zugunsten Schuschniggs komme wegen des Mangels jeder wirklichen Meinungsfreiheit keinerlei Bedeutung zu.

Donau-Europas Schicksal

Die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei

Was in der Außenpolitik mehr Bedeutung hat, Ideologie oder Geographie, darüber sind verschiedene Ansichten möglich; daß aber in der Strategie die grundlegenden geopolitischen Tatsachen von entscheidender Wichtigkeit sind, daran ist wohl ein Zweifel kaum möglich. Soeben ist im Orbis-Verlag eine kleine Schrift des bekannten Militärschriftstellers, Oberst Emmanuel Moravac, in französischer Sprache: „La valeur stratégique de la Tchécoslovaquie pour l'Europe occidentale“ (Die strategische Bedeutung der Tschechoslowakei für Westeuropa), erschienen, die in ungemein plastischer Weise die Strategie des Donauraumes und besonders des böhmischen Beckens darstellt.

Man hat schon in alten Zeiten Böhmen die „Zitadelle Europa“ genannt, und Bismarck hat mit Recht den Anspruch getan: „Wer Böhmen hat, beherrscht auch Europa“. Die Sudeten bilden den Scheitel des großen Berglandrückens, dessen Seiten durch die Alpen und die Karpaten dargestellt werden und das als das „Dach von Zentraleuropa“ bezeichnet werden kann. Die Tschechoslowakei deckt von Norden alle Zugänge zur Donauebene, ebenso wie Oesterreich diese Zugänge vom Westen her und Rumänien gegenüber dem Osten schützt.

Das „Habsburgische System“ an der mittleren Donau, an diesem europäischen Kreuzweg, befindet sich seit Beginn der Neuzeit unter dem Druck des protestantischen Deutschland von Norden und des osmanischen Reiches von Süden her. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts hört der osmanische Druck allerdings auf, aber damit lockern sich auch jene Bande, die früher die Tschechen, die Alpendeutschen und die Ungarn in ihrem Kampfe gegen die Türken zusammengeschlossen haben. Der norddeutsche Druck wird aber unübersehbar und führt schließlich dazu, daß Oesterreich-Ungarn zu einem Werkzeug Berlins in seiner großen Offensive in der südöstlichen Richtung wird. Bereits im Weltkrieg hat sich die Hauptlinie des deutschen Vorstoßes in der Richtung von Gumburg-Berlin nach Bagdad-Basra (am Persischen Golf) deutlich abgezeichnet. Es ist höchst wahrscheinlich, daß, falls es zu einem neuen Großkrieg kommen sollte, der Hauptstoß der deutschen Strategie sich auf der selben Linie Berlin-Prag-Budapest-Konstantinopel-Bagdad-Basra entwickeln würde. Bei diesem Vorstoß der deutschen Armeen wird die Donauebene jedoch und die sie von Norden und Westen bedeckenden Positionen, vor allem also die Tschechoslowakei, eine entscheidende Rolle spielen.

Vor dem Weltkrieg hat Deutschland die Eisenbahnlinien, die längs der „eurasischen Transversalachse“ Gumburg-Basra liegen und rund vier-tausend Kilometer ausmachen, in Europa, dank der österreichisch-ungarischen Allianz, fast zur Gänze beherrscht, während der asiatische Eisenbahnsektor gleichfalls, über den deutschen Einfluß in Stambul, tatsächlich durch Berlin beherrscht wurde. Heute liegen die Dinge wesentlich anders. Deutschland hat heute etwa ein Viertel der „eurasischen Transversalachse“ in seinem Besitz; Rumänien und CSB, die zu einer Gegenkombination gehören, besitzen zusammen mehr als tausend Kilometer der „Transversalachse“, während der asiatische Teil sich teils in türkischen, teils in britischen Händen befindet. Um also, wie vor dem Kriege, den europäischen Teil der eurasischen Querschneise in seinen Besitz zu bekommen, müßte Deutschland auf diese oder jene Weise mit der CSB und Rumänien fertig werden. Die Position der Tschechoslowakei jedoch, am Scheitel des zentral-europäischen Berglandrückens, ist besonders wichtig. An dem Tage, da die CSB überannt würde, stünden alle Zugänge zur Donauebene offen. Weber kann dann Italien den deutschen Vormarsch aus der Richtung Rhein-Main, nach dem Polen dem Einbruch über die mährische Pforte, nach Rumänien jenem über die östlichen Karpaten wehren.

Der deutsche Quervorstoß in südöstlicher Richtung kann aber erst dann als gesichert betrach-

tel werden, wenn Berlin so oder so mit jenen beiden Mächten fertig geworden ist, die diesen Vorstoß von Nordosten und Südwesten flankieren: Polen und Italien. Wenn die CSN und damit also auch Österreich von Deutschland überannt oder dem deutschen Einfluß unterworfen werden, so wird die Lage sowohl von Italien als von Polen sehr präzis. Deutschland in Prag und am Brenner — das bedeutet eine direkte Bedrohung der italienischen Machtstellung an der Adria. Vom Brenner bis Venedig sind nur 200 Kilometer Fluglinie, ein deutscher Vorstoß über den Brenner nach Venedig, der für eine deutsche motorisierte Armee eine Angelegenheit von ein paar Tagen sein könnte, würde Italien vom Balkan vollkommen isolieren und jede Kooperation zwischen den italienischen Armeen und jenen der Kleinen und der Balkan-Entente unmöglich machen. Eine analoge Gefahr würde jedoch auch für Polen im Falle der Liquidierung der CSN durch Deutschland entstehen. Oberst Moravec schlägt daraus, daß die natürlichste und wirksamste strategische Front gegen den eventuellen deutschen „Querstoß“ in südöstlicher Richtung die Front Genua—Prag—Warschau sein würde. Eine solche Front würde, gestützt auf die Alpen und die zentraleuropäischen Gebirgsketten, den Zugang zur Donaubene sicher schützen und damit dem deutschen Querstoß eine feste Mauer entgegenstellen.

In dem Tage, an dem die deutschen Armeen nach Liquidierung der CSN in der Donaubene sieben, ist nicht bloß die Front Genua—Prag—Warschau zerrissen, sondern auch die kontinentale Verbindung zwischen Frankreich und Osteuropa. Frankreich wäre damit politisch und strategisch an die Peripherie Europas geworfen und etwa in die Rolle des heutigen Spanien versetzt. Aber die Ueberrennung von Donau-Europa durch Deutschland wäre noch bedeutsamer für das Britische Reich. Denn der deutsche Querstoß Berlin—Bagdad ist eigentlich gegen das Indiamerreich der Briten gerichtet. Auf dem Wege zum Persischen Golf und zum Indischen Ozean liegen die zwei mächtigsten Luftbasen der Alten Welt, nämlich die Oelfelder von Rumänien und von Mossul. Der Erfolg des deutschen Vormarsches auf der Linie Berlin—Bagdad ist davon abhängig, ob es Deutschland gelingen wird, wie einst im Jahre 1916, die rumänischen Oelfelder zu erobern. Die Entfernung der großen rumänischen Oelfelder von den deutschen Flugbasen beträgt rund 1800 Kilometer, von Rumänien nach Mossul sind noch 1800 Kilometer, von Mossul bis zum Persischen Golf nur 800 Kilometer. Solange jedoch die Tschechoslowakei existiert, trennen mehr als 1000 Kilometer Deutschland von dem rumänischen Oel. Am Tage nach der Liquidierung der CSN würde diese Entfernung kaum 800 Kilometer betragen. Wenn also der deutsche Frachtmann für die Probleme des Luftkrieges, Oberst von Bülow, glaubt, daß die Briten die Verteidigung des Suezkanals in den Alpen organisieren, so kann Oberst Moravec mit noch größerem Recht behaupten, daß England die Verteidigung der Oelfelder von Mossul auf den Räumender Sudeten und der Karpathen organisieren muß.

Alles in allem kann man das kontinentale Vield zwischen dem Schwarzen Meer, dem Kapisee, dem Mittelmeer, dem Roten Meer und dem Persischen Golf als den Vorhof des britischen Indiamerreiches bezeichnen. Die Balkan-Entente sei nichts anderes als eine Treppe, die zu diesem Vorhof führt, die Kleine Entente stelle die Gar-

tenmauer dar, während die CSN nicht anderes sei als die Gartenpforte, durch die man über die Treppe in den Vorhof gelangen könne. Wer die Pforte zu öffnen oder einzuräumen vermag, wird sehr bald auch die Treppe und schließlich auch den Vorhof beherrschen!

Eben darum aber darf es als sicher gelten, daß England wie auch Frankreich, Italien und Polen an dem Tage gegen Deutschland zu den Waffen greifen, da Berlin versuchen würde, die Pforte nach dem Osten aufzureißen!

Wirtschaftszentrale konstituiert

Dr. Hodža für den wirtschaftlichen Ausbau der Kleinen Entente und Mitteleuropas

Prag, Samstag vormittags fand die konstituierende Sitzung der Wirtschaftszentrale statt, deren Gründung auf Anregung des Vorsitzenden der Regierung Dr. Milan Hodža erfolgte. Zweck der Wirtschaftszentrale ist es, die Beseitigung der Wirtschaftsschwächen in Mitteleuropa vorzubereiten, zu organisieren und zu fördern. Die Wirtschaftszentrale hat sich in der Form einer Genossenschaft m. b. H. konstituiert, die Statuten genehmigt und die Wahl der Genossenschaftsorgane vorgenommen.

In den Vorstand wurden gewählt: der ehemalige bevollmächtigte Minister Ing. Babrella und Dr. Banzl, Sekretär der Internationalen Handelskammer, zu ihrem Erbsmann Ing. Doktor Raklo, Hauptsekretär der Zentralvereinigung der slowakischen Industrie in Preßburg.

In den Vorkomitee wurden gewählt der Obmann der Zentralvereinigung der Wirtschaftsgenossenschaften Ing. Lindera als Vorsitzender, der Generaldirektor Dr. Hartmann und Generaldirektor Dr. Krulík, Mandat als Mitglieder, als Erbsmänner Dr. Rüdli und der Oberdirektor der Allgemeinen Genossenschaftsbank Komeda.

Gleichzeitig wurde ein Vorkomitee gewählt, dessen Aufgabe es sein wird, das Arbeitsprogramm und die wirtschaftlichen Richtlinien der Zentrale zu bestimmen. Vorsitzender dieses Vorkomitees ist der Stellvertreter des Oberdirektors der Zivnodan Ing. Dvořák, Vorsitzender-Stellvertreter der Vorkomitees des Verwaltungsrates und Generaldirektor der Stodawerke Dr. Loebenstein. Weitere Mitglieder des Vorkomitees sind die Herren: Industrieller Bartoň jun., Generaldirektor Dozent Dr. Báša, Fabrikant Jan A. Bata, Generaldirektor Federer, Oberdirektor der Kooperativa Dr. Fejfar, Generaldirektor der Union der tschechoslowakischen Genossenschaften Kulár, Direktor der Ceskomoravská Kolben-Dankl Dr. Sedla, Generaldirektor der „Explosivna“ Ing. Šušal, Fabrikant Dr. Krejčí, Generaldirektor der Raffinerie Preßburg Ing. Generaldirektor der Rudova Banka Mederly, Generalsekretär des Zentralverbandes tschechoslowakischer Industrieller Ing. Míra, der Vorsitzende des deutschen Industriellenverbandes Ing. Dr. Mühlig, der Direktor der „Robofier A. G.“ für Erzeugung von Pflanzenfetten Dr. Neubauer, der Vorsitzende-Stellvertreter der Verwaltungskommission der Prager Handels- und Gewerbeamt Dr. Oberthor, Oberdirektor der Waffenfabrik in Brünn Dr. Ostrata, Fabrikant Dr. Ruzička, Oberdirektor der „Agrarbank“ Svoboda, leitender Beamter der Firma „GEC“ Thenerer, Vorsitzender des Verbandes tschechoslowakischer Spirituostaffizier Ing. Dr. Wolenský und Vorsitzender der Zentralvereinigung slowakischer Industrieller Ing. Dr. Zuffa.

Nach der Konstituierung erschien in der Sitzung der Wirtschaftszentrale der Vorsitzende der Regierung Dr. Hodža. Der Vorsitzende des Vorkomitees Ing. Dvořák begrüßte den Vorsitzenden der Regierung, erstattete ihm Bericht über das Ergebnis der konstituierenden Sitzung, Dr. Hodža antwortete u. a.:

Die letzten Ereignisse in der internationalen Handelspolitik bewegen sich offensichtlich in der

Richtung, in welche man die Tätigkeit der Wirtschaftszentrale einschalten kann. Es handelt sich um die Entwicklung zu einem neuen handelspolitischen System, das den Zweck hat, die handelspolitischen Grundlagen zu erweitern.

Dieses Streben fällt ganz organisch in die Aktion, die wir durch einige Monate im Inland und in den übrigen Staaten der Kleinen Entente vorbereitet haben.

Daß die Erweiterung der handelspolitischen Basen zwischen den Staaten der Kleinen Entente möglich ist, darüber kann heute schon kein Zweifel bestehen. Wir waren von den Vorurteilen befangen, daß Kompensationsartikel aus den überwiegend agrarischen Ländern, wie Jugoslawien und Rumänien, in unserem Handel mit Landwirten wirtschaftliche Produkte sein können. Es gibt jedoch noch sehr bemerkenswerte und weite Möglichkeiten für die Erweiterung unserer handelspolitischen Grundlagen, vor allem bei ganzen Gruppen verschiedener industrieller Rohstoffe.

Die Kleine Entente erhält durch ihre Aktion eine große Hilfe in dem Bestreben, ihre innere Solidarität zu stärken. Diplomatisch und politisch bildet die Kleine Entente ein organisches Ganzes. Wir wollen dazu beitragen, daß die Kleine Entente als einheitlich organisiertes Ganzes auch vom Gesichtspunkte des wirtschaftlichen Realismus aus stark werde.

Die Staaten Mitteleuropas, also auch dessen beide Gruppen, die Kleine Entente und das Römische Protokoll, haben in wirtschaftspolitischer Hinsicht gerade in der Entwicklung zu dem neuen System viele gemeinsame Interessen. Wir werden bestrebt sein, diese besonderen gemeinsamen Interessen zu verteidigen und auch in dem neuen handelspolitischen System schon jetzt und dann im Rahmen des breiten europäischen Wirtschaftsgemeinschaften anzuwenden zu helfen, zu dem es in nicht ferne Zeit kommen muß.

Investitionskomitee für Freitag einberufen

Der Vorsitzende der Regierung Dr. Hodža berief das beim Ministerratspräsidium errichtete Investitionskomitee für Investitionsarbeiten und damit zusammenhängende Fragen für Freitag, den 23. d. M., zur ersten Sitzung ein.

Schuldenregelung der Selbstverwaltung

Das Kuratorium des Hilfsfonds für die Regelung der Bezirks- und Gemeindeforderungen im Lande Böhmen hielt gestern im Sitzungssaal der Landesbank seine konstituierende Sitzung ab, an welcher der Kuratoriumsvorsitzende Sektionschef Dr. V. Bobel vom Innenministerium, die Vertreter der Regierung und des böhmischen Landesauschusses sowie der Zemla banka teilnahmen. Das Sitzungsprogramm umfaßte: 1. Mitteilung des Vorsitzenden über die Aufgaben der Mission, 2. Bestimmung des Schriftführers, zweier Verifikatoren und Wahl zweier Mitglieder der Kontrollkommission, 3. Entwurf des Vertrages mit der Landesbank über die Fondsagenda, der zur vorläufigen Prüfung einer besonders gewählten Kommission überwiesen wurde, 4. Art der Vermögensanlage des Fonds bei der Zemla banka, der aus einem festen Anteil an der Jahresanteilsung der Umsatz- und Luxussteuer besteht, der für die verfloßenen drei Vierteljahre etwa 33,5 Millionen Kč beträgt, worin jedoch der gesetzliche Staatsbeitrag noch nicht enthalten ist, 6. Zur Kenntnisnahme der Mitteilung des Vorsitzenden, wonach die Gesamthöhe der Schulden der Gemeinden und Bezirke in Böhmen, die übernommen werden sollen, rund zwei Milliarden Kč betragen. Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt.

Handelsabkommen mit Guatemala. Am 16. Oktober trat das Handelsabkommen zwischen der Tschechoslowakischen Republik und der Republik Guatemala provisorisch in Kraft. Es handelt sich um ein Rahmenabkommen auf der Grundlage der Weitzbegünstigungsklausel, das die sogenannte Donau-Klausel und die sogenannte Mittelamerica-Klausel enthält, die jene Vorteile betreffen, die diese oder jene Vertragspartei auf Grund von Sonderverträgen den benachbarten Staaten zwecks engerer wirtschaftlicher Zusammenarbeit gewährt.

Monarchistische Propaganda

In der Schuschnigg-Front zulässig

Wien. (Tsch. P. B.) In seiner Rede, die Bundeskanzler Dr. Schuschnigg Samstag vor den Amtswählern der Vaterländischen Front hielt, hob er die vollkommene Gleichwertigkeit des Kreuzes mit dem österreichischen Staatswappen hervor. Er werde dem Staatspräsidenten Miklas vorschlagen, daß die Volkshymne als zweite österreichische Nationalhymne angenommen werde.

Zur Frage der Monarchie führte Dr. Schuschnigg aus, daß eine monarchistische Propaganda und politische Tätigkeit im Rahmen der österreichischen Vaterländischen Front zulässig sei. In der vaterländischen Front sei jedoch nicht nur Platz für diejenigen, die Monarchisten sind, sondern auch für Antimonarchisten. Keine

Staatsform, auch nicht die monarchistische, habe Anspruch auf ewige Dauer. Die Lösung dieses Problems stehe jedoch nicht dem Ausland zu, noch einer österreichischen Regierung, sondern nur dem österreichischen Volk. Eine Volksabstimmung über diese Frage stehe nicht in Aussicht, doch müsse betont werden, daß die Zeit, in der die österreichische Souveränität beschränkt war, der Vergangenheit angehört.

Der bisherige Führer der Milizen der Vaterländischen Front Vaar-Baarenfels hat um Enthebung von dieser Funktion angeksucht. An seiner Stelle wurde der bisherige Landeshauptmann von Kärnten, Hülgerth, zum Obersten Führer der Frontmiliz ernannt.

Tommy Barbox macht Revolution

Roman von Fritz Bondy

Die Frau des Hauses nickte ganz aufgeföhrt.

„Um Sie zu retten . . . sie wollte ihn bitten . . .“

Aber das hörte Rodriguez kaum mehr. Er war mit drei Sägen die Treppe hinunter gesprungen. Das mußte das Zimmer sein, es lag gerade unter Fulvias Zimmer. Er riß die Türe auf.

Der Anblick war allerdings geeignet, auch einen Mann von so vollendetem Gleichgewicht wie Rodriguez zu verblüffen. Der berühmte gelbe Salon glänzte in seiner schönsten, stimmungsvollsten Beleuchtung, in einer Zimmerecke sah zusammengesauert und blaß vor Wut und Angst Bonamaria, und neben der Türe sah Agostin, in der rechten Hand eine automatische Pistole, in der anderen einen zierlichen Kofoloden.

Bonamaria fuhr auf. Als er Rodriguez sah, wurde er noch eine Spur wächserner, aber er sagte sich schnell. Er hatte ja die Begnadigung selbst aufgesucht, Rodriguez konnte ihm also nichts tun. Im Gegenteil, er mußte froh sein, wenn Bonamaria ihn morgen laufen ließ.

„Gut, daß Sie kommen“, rief er und versuchte, den leutseligen Vorgesetzten herauszulehren, „befreien Sie mich, ich bin da einem Wahnsinnigen in die Hände gefallen.“

„Mühen Sie sich nicht, sonst schiefte ich“, fuhr ihn Agostin an.

„Wo ist Frau Caldelari?“, fragte Rodriguez den Inspektionen und sah Bonamaria überhaupt nicht.

„Haben Sie sie denn nicht gesehen? Sie ist doch vor einer Weile von hier aus fortgegangen, um Sie zu befreien.“ „Allein?“

Agostin schüttelte den Kopf und ließ eine kleine Pause, ehe er antwortete:

„Mit dem Direktor.“ Und gewissermaßen entschuldigend setzte er hinzu: „Er hat sie vor diesem Menschen hier gerettet.“

Rodriguez sah stützig über das Zimmer hin und dann endlich auf Bonamaria. Ja, er verstand. Wenn Caldelari Fulvia von diesem Ort und diesem Mann gerettet hatte, dann . . .

„So sagen Sie ihm doch, er soll endlich die Pistole wegstun; sie ist erschifert und kann losgehen.“, schrie der Advokat, der Rodriguez' Schweigen nicht zu deuten wußte.

Rodriguez sah Bonamaria noch einmal an; diesmal lange und genau. Sein Blick war durchsichtig und nicht drohend, aber Bonamaria, der sich schon halb von seinem Stuhl erhoben hatte, fiel zurück und wuschte den Schweiß von der Stirn.

Der Lärm unten wurde plötzlich von dem Knattern eines Autos überdönt. Bonamaria fuhr wie elektrisiert auf und sah zum Fenster hinunter. Das Auto hielt vor der Hintertüre.

„Da sind sie“, rief er triumphierend. „Morales und Pablo . . . sie haben auch gleich Gen darmen mitgebracht . . . sehr schön . . . jetzt wird diese Komödie schnell zu Ende sein.“

„Soll ich ihn vorher erschießen?“, fragte Agostin freudig zum Außertreten entschlossen. Ein Revolver, der nicht losging, das war ja kaum mehr, als eine gewöhnliche Theaterwaffe. Aber Rodriguez schüttelte den Kopf.

„Ihre Ruhe wird Ihnen schon vergehn“, brüllte der Advokat, „in einer halben Stunde stehen Sie an der Mauer.“

Die Türe ging auf, und das neue Komitee trat ein, dahinter Tommy Barbox. Am Treppenhause hielten vier Gen darmen stehen.

Bonamaria war wieder ganz der Präsident der Republik. Er rieb sich die Hände, warf einen

Blick in den Spiegel, richtete die Kravatte, die den neuen Stimmungsumschwung noch nicht mitgemacht hatte, und befaß:

„General Morales, verhaften Sie diese beiden Leute; sie haben mich gefährlich bedroht. Um ein Haar wäre ich erschossen worden.“

Don Pedro Morales hatte sein seelisches Gleichgewicht wiedergefunden. Als er die beiden Präsidenten sah, verjand er gar nicht, daß es überhaupt soweit gekommen war.

„Das hätte nicht viel ausgemacht. In einer halben Stunde werden Sie ohnehin erschossen.“

Die wiedergekehrte Farbe wich aus Bonamarias Wangen.

„Was . . . was heißt das?“

Aber man klimmerte sich wenig um ihn. Ignacio war auf Rodriguez zugezogen und fiel beinahe vor ihm auf die Knie, so gerührt war er. Morales stand stramm, und Pablo sah ihn mit ungewissen Widen an.

Rodriguez reichte ihnen die Hand, bei Pablo verweilte er einige Sekunden länger, neigte den Kopf zur Seite und klopfte ihm endlich auf die Schulter.

„Wir müssen wohl miteinander auskommen“, sagte er schließlich lächelnd; Pablo verstand, daß das eine Art offizieller Anerkennung bedeutete, und war in dieser Stunde so voll guter Vorsätze und Hingabe, so meilensfern von aller Intrige und Streberei, daß seine besten Freunde und wahrscheinlich gerade die, ihn nicht erkannt hätten. Frau Rivadeneira war die einzige, die diese kleine Szene, der sie mit genieslicher Empfindungen entgegengegittert hatte, völlig zu überdigen wußte. Sie trat jetzt stolz zu ihrem Sohn und gab ihm einen drohenden Kuß.

Tommy stand schon neben Rodriguez und fragte:

„Wollen Sie mir nicht ein paar Worte sagen, die ich nach Hause labeln könnte, Herr Präsident? Es würde guten Eindruck machen.“

Bonamaria sah ratlos und verzweifelt von einem zum andern.

„Sind Sie denn alle verrückt geworden“, schrie er endlich, „ich befehle . . .“

Aber da waren zwei Gen darmen neben ihm getreten, und Morales erklärte:

„Sie sind verhaftet!“

„In aber . . . ja aber . . .“ er stotterte, „was ist denn geschehen . . . Pablo . . . Tommy . . . mein lieber Barbox . . . ich verstehe überhaupt nicht . . .“

Pablos Wenderung ging immerhin soweit, daß er sich schämte, aber Tommy sah ganz kühl zu dem Präsidenten hinüber, den er freizet hatte. Hoffentlich würde der erst bei Tageslicht erschossen, das gab einen unerhörten Film.

Rodriguez ahnte viel von den Zusammenhängen; schließlich war auch der armselige Bonamaria nur ein Werkzeug gewesen. Rodriguez brachte keine erhebliche Aufregung zustande. Und Fulvia war ja gerettet. Und verloren. Für beide Präsidenten. Konnte er Bonamaria erschließen lassen, weil er Fulvia geliebt hatte?

„Wringen Sie Herrn Bonamaria in meine Zelle“, sagte er sehr ruhig, „und Sie haften mir dafür, daß ihm nichts geschieht. Morgen früh soll er an die Grenze gebracht werden; wenn die Landarbeiter kommen, könnte ich ihn kaum mehr fassen.“

Morales wollte Einwände erheben, aber Rodriguez schnitt sie mit einer Handbewegung ab. Bonamaria war in seinem Stuhl zusammengesunken; die beiden Gen darmen mußten ihn beinahe hinaustragen.

Rodriguez winkte Ignacio zu sich.

„Wo ist Frau Caldelari?“, fragte er Iside. Ignacio senkte die Augen.

„Sie war mit dem Direktor in der Kaserne; nachher ist sie mit ihm fortgegangen.“

„Es liebe der Präsident“, rief jetzt Don Pedro Morales und schwenkte seinen Säbel, daß der stimmungsvolle Beleuchtungskörper ins Wanken geriet.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Wandlungen im Isergebirge

Auf jeder Messerschau unseres Landes schauen sich die ausländischen Besucher vor Musterständen, die in abwechslungsreicher und fesselnder Zusammenstellung blinkenden Halschmuck, farbenprächtige Diademe und hundertlei Ketten, Ringe und Broschen zeigen. Von diesem glitzernden Spielzeug träumt das braunhäutige Sonnenkind der Südfsee genau so, wie die kleine Pariser Modistin oder das arme Büromädel in der steinwüste Manhattan, die Träume der schönheits- hungrigen Kleinen und erwachsenen Kinder aller fünf Erdteile kreisen um das blickende Glanz, das glitzernde Steinschen und Perlen in ihr einfaches Leben zu bringen vermögen. Natürlich ist es nicht das feuerige Spritzen des edlen Steines aus den Gruben des Kaplandes, das uns in die Augen springt, sondern das bunte Leuchten der geschliffenen Glassteinschen, die weit draußen im Grenzgebirge zwischen Iser und Reize jene geheimnisvolle Weiße erhalten, die ihnen erlaubt, an äußerer Schönheit ihrem edleren Bruder, dem Diamanten, nahe zu kommen. Wenn das braune Naturkind und das Proletenmädchen von Haarlem das billige Schmuckstück in Händen halten, dann ahnen sie nicht, in welch ärmlichen Hütten und durch welch mühselige Arbeit im fernen Europa das bunte Glitzern geboren wurde.

Einige Jahre nach dem Kriege bahnte künstlerische Gestaltungskraft und Geschäftstüchtigkeit dem Glaschmuck den Weg in die entlegensten Länder der Erde; menschliche Eitelkeit und Einbildungskraft begünstigten seinen Siegeszug. Die Erzeugung der Glasjuwelierie nahm einen für mitteleuropäische Verhältnisse unerhörten Aufschwung. Die Wertziffern der Ausfuhr kletterten über die Milliardengrenze hinaus; im Jahre 1924 wurden nicht weniger als 16.300 Tonnen Gablonzer Schmuckwaren ausgeführt. Allein an Glasarmringen wurden nach Indien und den Ländern des Orients 54.000 Kisten verfrachtet. Millionenfach nährte das billige Glitzern die bunten Träume von Schönheit und Reichtum der aufnahmehereiten Menschen aller Zonen.

Die Händler im Ursprungsland aber gaben sich weniger illusionären Gefühlen hin, sie waren zu eifrig damit beschäftigt, die menschliche Eitelkeit in harte Dollars umzuwandeln. Die Menschen bezahlten ihre Freude an den Schmuckstücken mit guten Centis, Pfostern und Centavos und aus den vielen kleinen Geldstücken wurde ein breiter Goldstrom, der in das schöne Glasmacherlänchen zurückfloß. In Gablonz, dem wirtschaftlichen Zentrum des Gebietes, teilte er sich in viele Arme, die breiten, gewichtigen liefen in die Treasors der Exporteure, die schmälere floßen in die Taschen der Glaswarenerzeuger und vereinzelte Tropfen spritzten sogar noch in die Gürtel der Glasarbeiter an den idyllischen Berghängen.

Damals erlebte die Glasindustrie eine fieberhafte Konjunktur und in der Metropole Gablonz setzte man einen Prachtbau neben den andern. Arbeiter und Unternehmer glaubten in gleicher Weise wie die amerikanischen Arbeiter an die ewige „Prosperität“. Ein starrer Individualismus beherrschte alle jene, die in irgend einer Form an dem Goldstrom teilhatten. Die Eigenart der Erzeugung, die in zahlreiche Kleinbetriebe zerfällt, gab scheinbar jedem die Chance hochzukommen. Das amerikanische Wachstum schuf eine amerikanische Weltanschauung. Die echt amerikanische vom Zeitungsjungen zum Millionär-Romantik machte sich breit und verdingerte jedes kollektive Handeln. Jeder kleine Glaswarenerzeuger trug schon im Geiste das Scheitern des Millionärs in der Tasche.

Der große Krach in Wallstreet kündigte auch für Gablonz, das sich daran gewöhnt hatte, im amerikanischen Tempo zu leben, die Prosperitätsdämmerung an. Als Marlenchen in Haarlem und Pepita in Rio mit tausend anderen von ihren Unternehmern entlassen wurden, schmolz der Goldstrom sehr schnell zusammen. Der Arbeiter, der nicht genug Brot hat, kann seinem Mädel keine glitzernde Kette aus geschliffenen Glasperlen mehr kaufen. Die ganze Wucht der Krise traf die Glaschmuck-Industrie: 1934 hatte der Gablonzer Bezirk fastlich 15.000 Arbeitslose, davon waren 44 Prozent ehemals in der Glasindustrie beschäftigt gewesen.

Der Kampf um die wenigen Dollars, die noch in das Land floßen, nahm die schärfsten Formen an. Die Not führte Händler und Erzeuger nicht zusammen, sondern riß sie noch weiter auseinander. Jeder wollte sich auf Kosten des

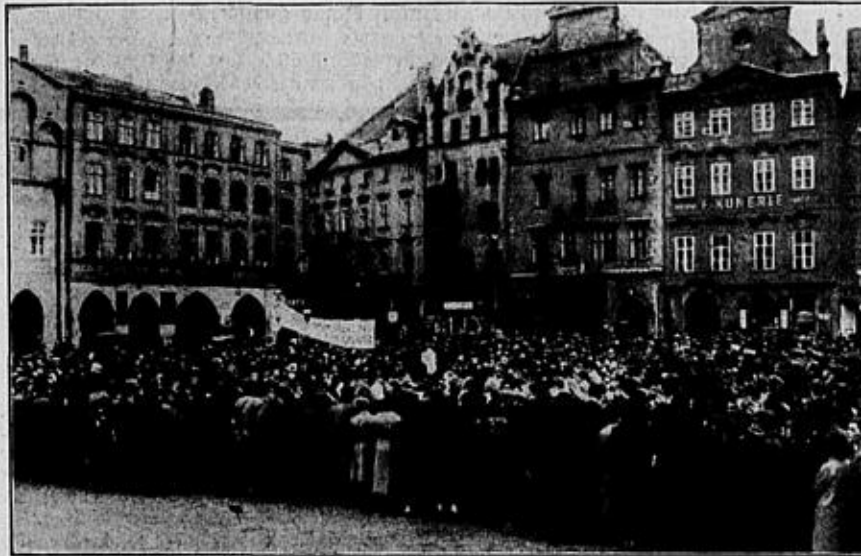
Andern behaupten. Der Arbeiter aber bezahlte die Zeche: sein Lohn fiel ins Bodenlose.

Ueber dem leichtlebigen, sorglosen Gablonz liegt noch heute das Bleigewicht der Krise. Wenn heute Mr. Smith und Mr. Collins die Messe besuchen, dann bewundern sie wohl die glitzernden Steinschen aus dem dunklen Sack, aber ihr Interesse richtet sich mehr auf Sprengbomben und Schnellfeuergeschütze, die sie nach dem Messebesuch besichtigen werden. Eine Welt, die sechzig Prozent ihres Einkommens dazu verwendet, ihre Selbstvernichtung vorzubereiten, hat für geschliffene Steinschen und harmlose Armringe nicht mehr viel übrig.

Die Arbeiter hatten an die Ewigkeit der Konjunktur geglaubt und wurden getäuscht. Nun

finden sie sich, trotz des individualistischen Erbes, zu organisiertem Kampf zusammen. Streik der Mauthnerarbeiter, Streik der Ringarbeiter in Johannesberg, Lohnkampf in der Platonerie, Lohnbewegung unter den Glasarbeitern Eisenbrods, das sind die Nachrichten, die auf eine tiefgehende Gärung aber auch auf einen Gesundungsprozeß des Denkens der Arbeiterschaft hindeuten. Die Arbeiter haben ihre Kunstfertigkeit und Schaffensfreude bewiesen, ihre Erzeugnisse weltberühmt und eine kleine Schicht von Exporteuren reich gemacht. Nun erkennen sie, daß von der Lage der andern Arbeiter, mögen sie nun nah oder fern wohnen, weiße oder braune Hautfarbe haben, im Wesentlichen ihr eigenes Schicksal abhängt und daß nur der solidarische, organisierte Kampf aller Arbeitenden eine bessere Welt zu schaffen vermag.

Martin Grill.



Die Neudeker Kinder in Prag
Die Menschenmenge beim Konzert auf dem Altstädter Ring

Gedenken an Seliger

Heute sind es 16 Jahre, seitdem Josef Seliger, Deutschböhmens größter Arbeiterpolitiker, von uns gegangen ist. Da wir uns Seligers Persönlichkeit, sein Leben und Wirken vor Augen führen, werden wir uns dessen bewußt, wie sehr sich die Welt seit jenem Tage des Schmerzes, da wir ihn verloren, verändert hat. Seither ist eine andere Generation von Sozialisten herangewachsen, die Seliger nicht mehr gekannt, niemals seinen flammenden Worten gelauscht, die ihn nicht an der Arbeit gesehen hat, die nicht mehr von ihm lernen konnte. Wie lebhaft steht er in der Erinnerung vor uns, die das Glück hatten, mit ihm zusammenzuarbeiten, wie anschaulich sehen wir ihn, wie er in schweren Zeiten mit sich zu Räte gegangen ist und wie er dann nach vielem Erwägen kühn seine Entschlüsse gefaßt und fest und entschieden durchgeführt hat! Wenn das hohe Glück beschieden war, in seiner Nähe dieser Persönlichkeit verweilen und es ist ein verdienstvolles Werk, der heutigen Jugend den Unvergesslichen nahezubringen, auf daß sie sich an seinem Beispiel erheben und ihm, dem Symbol des Aufstieges der Arbeiterklasse, nachzueifern. In den schweren Kämpfen, die wir noch durchzuführen haben werden, werden wir sein Bild im Herzen tragen, wird uns sein Leben leuchtendes Beispiel sein!

Bei dieser Gelegenheit verweisen wir auf das Buch von Josef Hofbauer und Emil Strauß: Josef Seliger, das eine Geschichte Seligers und seiner Zeit ist, der politischen Kämpfe der deutschböhmischen Arbeiterklasse von dem Zeitpunkt, da der Webergeselle Josef Seliger in die Arbeiterbewegung kam, bis zu seinem Tode. Das schön ausgestattete, gebundene Buch kostet 20 Kč und kann von der Zentralstelle für das Bildungswesen Prag XII, Stejská 18, bezogen werden. Insbesondere junge Menschen sollten es lesen.

Aus der SdP

meldet die „Deutsche Morgenpost“, daß nach der Ernennung des Führerrates für die nächste Zeit ein Neuaufbau des gesamten höchsten Führungskörpers erwartet werde. Wichtige Entscheidungen sollen am Mittwoch abends fallen, wo eine neue Besprechung des Führerrates stattfindet.

Wie uns hiezu aus gut informierter Quelle versichert wird, bestehen die Spannungen zwischen den beiden Flügeln innerhalb der Leitung unver-

ändert fort. Der neue Generalsekretär Konat scheint dabei eher auf die Seite Kaspers zu neigen. Stark verknüpft soll Kasum, der Vorsitzende des Ehrengerichts gegen Dr. Brand, sein, daß er trotz der Veröhnung mit Henlein doch nicht in den Führerrat aufgenommen wurde. Andererseits tragen es die Kameradschaftsbündler hart, daß sie in der obersten Leitung doch nicht mehr ganz unter sich sind.

Unter diesen Umständen wird voraussichtlich der nächste Krach in der Hauptleitung nicht lange auf sich warten lassen. Ob es den krampfhaften Bemühungen namentlich des Dr. Neuwirth gelingen wird, die Gegenläufe so weit zu überbrücken, daß der erwartete Krach vorläufig vermieden wird, ist noch sehr fraglich.

Die Gesamtzahl der Minderheitsschulen

Da der deutschen Bevölkerung noch immer viel zu wenig bekannt ist, daß seitens des Staates auch deutsche Minderheitsschulen erhalten werden, sei die Anzahl dieser Schulen bekanntgegeben. Der letzte Ausweis des statistischen Staatsamtes über die Entwicklung des Schulwesens teilt mit, daß 6 deutsche Minderheitsbürgerschulen und 20 deutsche Minderheitsvolkschulen bestehen. Die Bürgerschulen befinden sich durchwegs in Böhmen (Prag und Pilsen), von den Volkschulen haben 16 ihren Standort in Böhmen und 4 in Mähren-Schlesien. In tschechischen Staatschulen gibt es insgesamt 242 Bürgerschulen und 1208 Volkschulen. Von den Bürgerschulen befinden sich 144 in Böhmen, 89 in Mähren-Schlesien, von den Volkschulen 824 in Böhmen und 379 in Mähren-Schlesien. Bemerkenswert ist, daß das deutsche Minderheitsschulwesen — wenn von der Errichtung der Schule in Karlschütze, die für die dortigen überflüssigen Notbauer Arbeiter eröffnet werden mußte, abgesehen wird — in den vergangenen Jahren keinerlei Veränderungen zu verzeichnen hat, während das tschechische Minderheitsschulwesen eine ständig aufsteigende Linie zeigt.

Deutschbürgerliche Gemeindevertreter in Prachatitz gegen den Bau eines Arbeiterwohnhauses

Am 9. Oktober war die Gemeindevertretung von Prachatitz zu einer Sitzung versammelt. Auf dem Programm stand auch die Beschlußfassung über den Bau eines Arbeiterwohnhauses mit billigen Wohnungen. Die Gemeinde will hiezu die Begünstigungen des Bauförderungsgesetzes in Anspruch nehmen. Das Projekt sieht die Errichtung von fünfzehn Kleinwohnungen vor. Der Bauaufwand wird mit 300.000 Kč angegeben und

Dem Erholungsheim Arbeiterfürsorge in Hirschberg am See

ist der Reingewinn der III. Effektenlotterie der Arbeiterfürsorge gewidmet

Jeder Käufer eines Loses zu 3 Kč hat die Gelegenheit, außer anderen Wert- und Gebrauchsgegenständen ein

eigenes Haus
im Werte von 90.000 Kč zu gewinnen.

Die öffentliche Ziehung findet am 27. Oktober 1936 in Prag statt.

Die Gemeinde hat sich das notwendige Darlehen von der Bürgerlichen Vorhutklasse in Prachatitz gesichert. Um die Einhebung eines möglichst niedrigen Mietzinses — er soll pro Wohnung 400 Kč jährlich betragen — hat sich die Vorhutklasse bereit erklärt, statt 4 1/4 Prozent nur drei Prozent Zinsen und ein Prozent Amortisation zu verlangen. Da der staatliche Zinsfuß mindestens 2 1/4 Prozent betragen wird, hat die Gemeinde selbst nur mit einem Aufwand von 1 1/4 Prozent Amortisation inklusive Zinsen zu rechnen. Dieser kann leicht mit dem Mietzins abgedeckt werden.

Da in Prachatitz die Wohnverhältnisse der Arbeiter viel zu wünschen übrig lassen, konnte man annehmen, daß sich die Gemeindevertretung einmütig für dieses so günstige Projekt aussprechen werde. Aber weit gefehlt: gegen den Bau des Arbeiterwohnhauses stellten sich sämtliche deutschbürgerliche Gemeindevertreter einschließlich der SdP.

Mit der Stimme des einen kommunistischen Vertreters erhielt der Antrag dennoch die erforderliche Mehrheit und so ist mit dem Bau doch zu rechnen.

Ertrappede Heufler. „Das Volk“, Organ der Christlichsozialen deutschen Volkspartei in Jägerndorf, beschäftigt sich in einer seiner letzten Ausgaben mit unserer Feststellung, daß es niederträchtige Grenelpropaganda gegen die spanischen Regierungstruppen treibt. Der Versuch des „Volk“, sich gegen diesen Vorwurf zu verteidigen, ist nicht gelungen. Denn noch immer sieht es Grausamerkeiten nur auf Seiten der Regierungstruppen, noch immer sieht es nur die angeblichen Hinrichtungen von Nonnen und Mönchen und die Verführung von Kirchen, während es zu den erwiesenen Massenmorden der Aufständischen nichts zu sagen hat. Man muß direkt annehmen, daß für das „Volk“ der Wert des Menschenlebens erst dann gegeben ist, wenn es das Leben eines Priesters oder einer Nonne ist. Und es ist selbstverständlich, daß die katholische Presse wegen des sozialen Zieles der Unterdrückung der spanischen Arbeiterbewegung, das sich die aufständischen Generale gesteckt haben, auch die Tatsache verschweigt, daß auf Seite der Regierungstruppen die basellischen Katholiken, geführt von ihren Priestern, kämpfen und daß die Rebellen mit Vorliebe Kirchen und Kathedralen als militärische Stützpunkte benutzen. „Das Volk“, das vorwärts der Wahrheit dienen zu wollen, gehe in seiner Polemik von diesen unbefreitebaren Tatsachen aus, ansonsten seine Antwort nur als üble Scheuerei bezeichnet werden kann.

Schulwoche gegen den Alkoholismus. In der Zeit vom 2. bis 7. November d. J. soll an den Volks-, Bürger-, Mittel- und Fachschulen die Schulwoche gegen den Alkoholismus durchgeführt werden. Verantwortungsbehaftete Erzieher sollen in dieser Woche ihren Schülern die Schäden des Alkoholgenusses aufzeigen und die Jugend zu einer gesunden Lebensweise aufrufen. Die alkoholgegnereichen Verbände dieses Staates und der Bund entfalteter deutscher Erzieher unterstützen diese Aktion und stehen mit Aufklärungsmaterial gerne zur Verfügung.

Bau von Kleinwohnungen in Sternberg. Auf sozialdemokratische Initiative beginnt nun die Stadtgemeinde Sternberg in Mähren mit dem Bau von Kleinwohnungen. Es werden fünf Häuser mit je acht Wohnungen errichtet werden, die Hälfte der Wohnungen wird aus Zimmer und Küche bestehen, die andere Hälfte aus Wohnküchen. Die Wohnküchen werden samt dem Zubehör ein Ausmaß von 32 Quadratmeter haben und monatlich 46 Kč kosten, die Einzimmerwohnungen werden ein Flächenmaß von 38 Quadratmeter haben und 59 Kč kosten. Bei jedem Haus wird sich ein Grundstück zur Anlage von Gartengärten befinden. Die Durchführung der Projekte wird einen Aufwand von einer Million Kč erfordern.

Parteienoffin! Parteienoffe!

Bist Du schon Mitglied der **Kinderfreunde?**

wenn nicht, dann tritt bei. „Freundschaft!“

Die Prager Deutsche Arbeitersendung

bringt in dieser Woche:

Sonntag, 18. Oktober, 14.30—14.45: **Wahlhandel im Umbau.** (Fritz Freyberg.)

Mittwoch, 21. Oktober, 18.20—18.40: **Arbeiter und Schule** (Leopold Waniel-Reichenberg).

18.40—18.45: **Die Wahlen in die Institutionen der Staatsbahnen** (Bruno Schwab-Auffig).

Freitag, 23. Oktober, 18.35—18.45: **Aktuelle gegen Minuten.**

Sonntag, 25. Oktober, 14.30—14.45: **Der europäische Mensch in Zahlen** (H. Teichh-Auffig).

Demokratie

Von T. G. Masaryk

Im Verlage Bruno Cassirer, Berlin, ist ein Buch erschienen, das den Titel trägt: „Masaryk erzählt sein Leben“ und welches die Gespräche des tschechischen Dichters Karel Capek mit Masaryk enthält. Das Buch enthält Meinungsäußerungen und Erzählungen von Masaryk mit Capek aus den Jahren 1926 bis 1935, tschechisch sind diese Gespräche in drei Teilen 1928, 1931 und 1935 bereits veröffentlicht worden. Das Werk ist ein Buch der Weisheit, der Lebenserfahrung, der Menschlichkeit und entströmt edelster Gefinnung. Wir lassen hier einige Äußerungen Masaryks über die Demokratie, die wir dem genannten Buch entnehmen, folgen:

Die Demokratie ist nicht nur eine Staatsform, nicht nur das, was in den Verfassungen geschrieben steht; die Demokratie ist Lebensanschauung, sie beruht auf dem Vertrauen in die Menschen, in Menschlichkeit und Menschentum und es gibt kein Vertrauen ohne Liebe, keine Liebe ohne Vertrauen.

Nach habe einmal gesagt, daß die Demokratie Diskussion sei. Aber echte Diskussion ist nur dort möglich, wo die Menschen einander vertrauen und Redlichkeit die Wahrheit suchen. Demokratie ist ein Gespräch zwischen Gleichen, die Erwägung freier Bürger vor der ganzen Öffentlichkeit — das Wort „Parlament“ hat einen schönen Sinn, man muß es nur Wirklichkeit werden lassen!

Das demokratische Ideal ist aber nicht nur politisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich. Den Kommunismus lehne ich ab. Ohne Individualismus, ohne begabte und erfindereiche Einzelmenschen, ohne fähige Führer, ohne Genies der Arbeit kann die Gesellschaft nicht vernünftig und gerecht organisiert werden. Die Demokratie bedeutet in sozialer Hinsicht die Überwindung des degradierenden Elends; in der Republik, in der Demokratie darf es nicht möglich sein, daß einzelne oder Stände ihre Mitbürger ausbeuten, in der Demokratie darf der Mensch dem Menschen nicht Mittel sein. Die natürliche Vielfaltigkeit muß durch Teilung und Hierarchie der Funktionen und der Arbeit hergestellt werden; eine Organisation der Menschen ist ohne Liebes- und Untergeordnete nicht möglich, aber es muß eben eine Organisation und kein Privileg sein, keine aristokratische Herrschaft, sondern wechselseitiger Dienst. Die Demokratie braucht Führer, nicht Herren.

Die Demokratie hat ihre Mängel, weil die Bürger ihre Mängel haben. Wie der Herr, so das Geschick.

Wenn unsere Demokratie ihre Unzulänglichkeiten hat, so müssen wir die Unzulänglichkeiten, nicht aber die Demokratie überwinden.

Die Demokratie wird von Demokraten gebildet, die bessere Demokratie von besseren Demokraten.

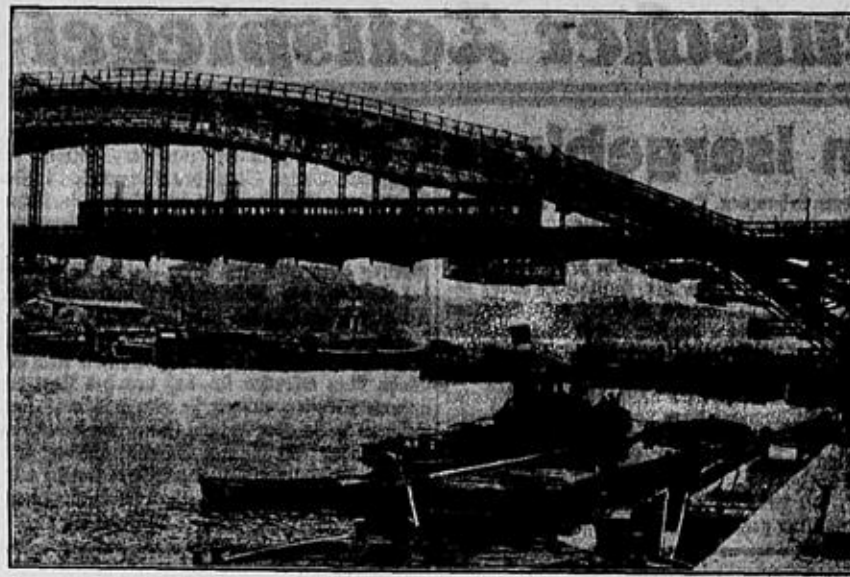
Die Menschen bedenken wenig, was uns gemahnt ist; oft wird nur das Fremde nachgeahmt, statt daß man vom Fremden lernt. Vor allem abwarten, wie es sich bewährt! Fünf, zehn Jahre sind noch wenig für ein historisches Argument.

Stände statt Parteien, ein Ständestaat? Im Mittelalter gab es überall Ständestaaten. Ich frage: Warum haben die Menschen sie nicht behalten? Waren die Stände weniger eigennützig als die jetzigen Parteien? Und sind die Parteien bei uns nicht zum großen Teile ständisch? Heute gibt es Hunderte und aber Hunderte besonderer Beschäftigungen und ständischer Interessen; wie soll man unter ihnen die Verständigung erreichen, wenn nicht wieder durch irgendein Parlament?

Ich habe keine Angst vor den Worten und sage, daß es ohne einen gewissen Grad von Diktatur auch keine Demokratie gibt; wenn das Parlament nicht tagt, so entscheiden die Regierungen und der Präsident der Republik uneingeschränkt; aber sie sind durch die Gesetze gebunden und unterliegen der kommenden Kritik und Kontrolle des Parlaments, der Kritik der Zeitungen und der Versammlungen. Das eben ist auch die Grundlage der Demokratie: freie Kritik und öffentliche Kontrolle.

Ich bin ein grundsätzlicher, aber kein blinder Anhänger der Demokratie. Ich kenne die Schwächen des Systems, keine schlechte Erfahrung ist mir entgangen, aber — ich bedauere keinen Augenblick den Entschluß, den ich bei der Rückkehr aus dem Kriege gefaßt habe: der Demokratie und Republik zu dienen.

Die Demokratie ist eine Gewähr des Friedens. Für uns und für die Welt.



Alle Flüsse und Kanäle nach Paris gesperrt

Der seit einigen Tagen andauernde Streik der französischen Flußschiffer hat sich erneut verschärft. Die Streikenden errichteten Sperrkeren auf allen Flüssen und Kanälen, die nach Paris führen. Hier sieht man eine Sperrkeren mitten auf der Seine in Paris.

Tagesneuigkeiten

Auf der Suche nach der Wahrheit

Wir lesen in der „Basler Nationalzeitung“:

Um zu einer Verständigung zwischen den Nationen zu kommen, ist es notwendig, bei der Erziehung der Kinder anzufangen und aus dem Schulunterricht, namentlich aus den historischen Lehrbüchern, geschichtliche Unrichtigkeiten und einseitig verherrlichende Darstellungen zu entfernen, die einem falsch verstandenen Patriotismus, aber nicht der unbestechlichen Wahrheit dienen. Diese Maxime steht über der Arbeit, die seit einer Reihe von Jahren von einem Kreis skandinavischer Historiker geleistet wird, um den Geschichtsunterricht der nordischen Länder nach einheitlichen Gesichtspunkten zu gestalten und dadurch das Gemeinschaftsgefühl zwischen den fünf nordischen Nationen zu stärken. Es wurde 1932 ein interandinavischer Ausschuss gebildet.

In den seither verstrichenen fünf Jahren wurden nicht weniger als 140 Geschichtsbücher einer eingehenden kritischen Prüfung unterzogen. Dabei wurde allgemein festgestellt, daß wichtige Perioden aus der Geschichte der Nachbarländer unzureichend behandelt und andererseits Vagatelien ohne reale Bedeutung über Gebühr weitläufig dargestellt werden, vor allem aber wurden in allen Büchern sachliche Unrichtigkeiten festgestellt, die den Schülern falsche Vorstellungen über die geschichtlichen Zusammenhänge erwecken müssen und damit leicht zu unrichtigen Vorstellungen über die Nachbarvölker überhaupt führen können. Die Schüler sollen aber auch mit der Ansicht der anderen Seite vertraut gemacht werden, und deshalb läßt jetzt das genannte Komitee eine Schrift erscheinen, in der die Streitfragen der skandinavischen Geschichte von den verschiedenen Standpunkten aus behandelt werden. Solche Fragen sind u. a. Wikingerzeit und das damit zusammenhängende Problem, ob die Hauptziele für die Normannenzüge den Dänen oder den Norwegern zukommt, die Beurteilung der nordischen Union, die dänisch-norwegischen Beziehungen bis zu dem immer noch aktuellen Streit über Grönland, die schwedisch-norwegische Union von 1814 bis 1905, das Verhältnis Finnlands zu Schweden und der finnisch-schwedische Sprachkonflikt, das Verhältnis Islands zu Dänemark usw.

Die Arbeitsmethoden, zu denen sich Wissenschaftler, Pädagogen und Politiker der nordischen Länder zusammengefunden haben, haben auch außerhalb Skandinaviens in interessierten Kreisen die größte Beachtung gefunden und für ähnliche Bemühungen beispielgebend gewirkt. Bereits kurz nach Aufnahme der skandinavischen Arbeiten wurde eine entsprechende deutsch-französische Schulbuchkommission eingesetzt, die auch bereits bedeutende Resultate erzielt hatte, aber ihre Arbeiten nach der Machtübernahme des Nationalsozialismus in Deutschland einstellen gezwungen war.

Disziplinarstrafen bei den GED wegen Trunkenheit. Vom Pressereferat des Eisenbahnministeriums wird über die Disziplinarverfahren berichtet, die im Bereiche der GED im Jahre 1935 wegen Trunkenheit gegen die Bediensteten durchgeführt wurden. Insgesamt wurde in 44 Fällen das Disziplinarverfahren durchgeführt und die be-

treffenden Bediensteten verurteilt. Die Disziplinarfälle wegen Trunkenheit verteilten sich auf die einzelnen Direktionen wie folgt:

Eisenbahndirektion	Trunkenheitsfälle	
	im Dienste	außerhalb d. Dienstes
Bilzen . . .	6	3
Prag . . .	5	1
Königsgrätz . . .	—	1
Brünn . . .	5	4
Olmütz . . .	—	—
Preßburg . . .	2	—
Kaschau . . .	12	5

Der Alkoholgenuß bedeutet für die Sicherheit des Dienstes eine große Gefahr. Diejenigen Bediensteten, die der Leidenschaft des Alkohols erliegen, gefährden ihr eigenes Leben, das Leben der Reisenden und der Arbeitskollegen. Bei den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen, in welchen sich die Mehrzahl der Bediensteten befindet, vermehren die Ausgaben für den Alkohol Elend und Not. Mit Recht werden deshalb in dem Berichte des Pressereferates die Bediensteten vom Genuß des Alkohols in folgender Weise gewarnt: „Hütet euch vor diesem Feindel „Der Eisenbahner“.“

Das Nationalverteidigungsministerium zum Photographierverbot. Im Mißverständnis vorzugehen und tendenziösen Auslegungen der ausgegebenen Vorschriften zu steuern, gibt das Ministerium für Nationale Verteidigung der Öffentlichkeit nachstehende Informationen: Die Militärverwaltung hat durch das Innenministerium die Einrichtung getroffen, daß ein Photographierverbot ausgegeben wurde, das sich einerseits auf die Staatsverteidigung besonders wichtige Gegenden bezieht, andererseits auf bestimmte Objekte und Einrichtungen, welche der Staatsverteidigung dienen. Es sind dies beispielsweise bedeutendere Straßen- und Brückenbauten, Eisenbahnlinien mit Bahnhöfen, Heizhäuser u. a., weiters wichtige Wasserwerke, wie Talsperren, Stauewehre, angeschlossene Kraftwerke usw. Mit diesen durchaus begründeten Maßnahmen will jedoch das National-Verteidigungsministerium keinesfalls das Photographieren in der Natur unterbinden, seien es nun Berufs- oder Liebhaberphotographen oder insbesondere Touristen. Jene Räume und Einrichtungen, die zu photographieren und zu zeichnen verboten ist, sind oder werden deshalb besonders bezeichnet und in den betreffenden Rundmachungen, die von den Bezirksämtern erlassen werden, genannt werden. Bei diesen Räumern oder bei den Denkmälernstationen können Interessenten die notwendigen näheren Informationen erlangen. In bezug auf das Photographieren von Eisenbahnen und in deren Nähe erhalten die Interessenten direkt bei den Stationsämtern die notwendigen Aufklärungen.

Die Kerste im spanischen Bürgerkrieg. Dr. Rafael F r a i l e, Madrid, der Vorsitzende des Ärzteverbandes in Spanien, schildert in einer längeren Zeitschrift an uns die Organisation des Sanitätsdienstes im Bürgerkrieg. Der militärische Sanitätsdienst war nach dem Ausbruch der Revolte und der Niederschlagung der Rebellion in Madrid vollkommen zusammengebrochen. Der Ärzteverband organisierte einen probitorischen Dienst und bald war erreicht, daß keine Militärkolonne ohne ärztlichen Beistand an die Front ging. Nach und nach wurde auch der militärische Sanitätsdienst wieder organisiert, aber er litt unter großem Personal- und Materialmangel. So wurden alle Zweige des privaten Sanitätsdienstes mit dem militärischen zusammengefaßt. Die so entstandenen Kommissionen führten den Sanitätsdienst in den Madridern Spitälern und an der Front durch. Zunächst mußte die private Initiative in geregelte Bahnen geleitet werden. Der Dienst an der Front wird vor allem durch die in den Kriegsdienst übernommenen Zivilärzte organisiert. Außerhalb der Frontlinie wurden in Abständen von 20 Kilometer Etappenlagerette eingerichtet. Nun ist das Problem der Beschaffung einer genügenden Anzahl von Ambulanzen zu lösen.

Zwei Todesopfer eines Autounfalls. In der Nähe von Zwettl an der österreichisch-tschechoslowakischen Grenze fuhr Freitag ein Wiener Lastauto in den Straßengraben und wurde zerstört. Adolf K a u f m a n n aus Wien und sein Gesellschafter Ernst J e r a y aus Klagenfurt wurden tot aus den Trümmern herbeigezogen.

Vorzeitige Explosion tötet drei Bergleute. In einem Schachte der Grube in Lievin (bei Lens in Nordfrankreich) explodierte vorzeitig eine Ladung Sprengpulver, mittels welcher ein neuer Seitenschacht vorgetrieben werden sollte. Durch die Explosion wurden drei Bergleute getötet, ein Bergarbeiter wurde leicht verletzt.

Innendruck saniert das Stadttheater. In Innsbruck boykottieren die Nationalsozialisten bereits längere Zeit das Stadttheater, das sich daher in finanziellen Schwierigkeiten befindet. Um dem bedrohten Theater zu Hilfe zu kommen, beschloß die Gemeindevertretung, einen eigenen Kulturфонд zu gründen. Die Mittel dazu werden durch einen zehnprozentigen Zuschlag zur Vergnügungs- und Luxussteuer, zu den Steuern von Sportplätzen und durch einen 80prozentigen Zuschlag auf die Eintrittsgelder bei Vorkämpfen beschafft werden.

Probe-Alarm in Paris. Freitag nach 21 Uhr nachts ertönten in Paris gleichzeitig 89 an verschiedenen Punkten der Stadt aufgestellte Alarm sirenen, die den Beginn eines Fliegerangriffes auf Paris anzeigten, der für die Dauer einer Stunde veranschlagt war. Es handelte sich diesmal um die größte derartige Übung, die seit Ende des Krieges veranstaltet wurde. Während bisher derartige Übungen nur auf einzelne Viertel der Stadt beschränkt blieben, beteiligten sich an der diesmaligen Fliegerabwehrübung die gesamte Pariser Bevölkerung. Nach den Alarmrufen der Sirenen verließ die Stadt in Dunkelheit und der gesamte Verkehr wurde eingestellt. Polizeiflugzeuge beobachteten den Verlauf der Übung. Auf dem linken Ufer der Seine wurde das Werfen von Fliegerbomben veranschaulicht, ebenso auch familiäre Maßnahmen gegen das Fliegerbombardement, die Hilfe für Verwundete, der Kampf gegen Feuer und gegen Giftgas.

Absturz eines Autos. Auf dem Tizi-Paß auf der Straße von Marrakesch nach Tarubant in Marokko stürzte ein Auto aus einer Kurve in eine Schlucht. Acht Eingeborene kamen ums Leben, drei wurden schwer und fünfzehn leicht verletzt.

Ridnapping und Geburten-Marathon. Das Geburten-Marathon wird am 31. Oktober ausgetragen werden, und an der Spitze der vier Mütter, die im Laufe von zehn Jahren die meisten Kinder zur Welt gebracht haben und die Millionen gewinnen sollen, liegt noch immer Mrs. Graziano. Sie sieht dem entscheidenden Tag angstvoll entgegen, denn sie hat bereits eine Reihe von Drohbrieffen bekommen. Die Kidnapper verlangen von ihr für den Fall des Sieges einen hohen Prozentsatz des Betrages; der ihr dann zufallen würde, und drohen im Falle einer Weigerung, noch vor dem Stichtag eines ihrer Kinder zu rauben.

Die Ueberschwemmungen in der Herzegovina dauern an. Der Fluß Trebižat ist bis zu acht Metern über den Normalstand gestiegen. Die Schäden gehen in die Millionen.

Harakiri. Der junge akademische Maler Bojanec aus Zagreb hat Freitag auf der Fahrt von Gerahobina nach Lublan im Zuge ein Harakiri verübt. Seine Verletzung ist so schwer, daß er nach der Einlieferung ins Lublauer Krankenhaus über die Ursache seiner Verzweiflungstat bisher nicht berichtet werden konnte.

Wahrscheinliches Wetter von heute: Andauer des bisherigen Witterungscharakters, mäßig warm und namentlich auf den nordböhmischen Bergen stark windig.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen!

Montag
 Prag I: 7.00 Salonorchestersongert. 11.35 Mozart: Geigenquartett. 12.10 Tanzmusik. 12.35 Mittagskonzert. 15.00 Mozart-Kompositionen. 18.10 Deutsche Sendung: Obergerichtsdikt Weinhuber: Rechtsberatung für jedermann. 18.20 Kammerkonzert. 18.45 Deutsche Presse. 22.15 Langmusik. —
 Prag II: 7.30 Salonorchest. 14.20 Deutsche Sendung: Lieber von Karl Zuber. 14.45 Schallplatten. 14.50 Deutsche Presse. 18.10 Militärmusik. —
 Brünn: 17.40 Deutsche Sendung: Neue Kinderbücher. 19.10 Französisch-Musik. —
 Preßburg: 18.10 Rundfunkorchesterkonzert. 22.30 Langmusik. —
 Kaschau: 12.05 Schallplattenkonzert. 17.20 Klavierkonzert. 18.30 Solo für Popolit. —
 Mähr.-Odrau: 18.10 Deutsche Sendung: Arbeiterfund: Bräutigam: Soziale Stellung der Weber. 21.10 Buntes Konzert.

Dienstag
 Prag I: 10.05 Deutsche Presse. 10.15 Deutsche Sendung: Für die Frau. 10.30 Schallplattenkonzert. 12.10 Chansons. 18.10 Deutsche Sendung: Doktor Gutsch: Wirtschaftskrieg. 18.20 Dr. Wallerstein: Tschechoslowakische Musik an der Wiener Staatsoper. 18.45 Deutsche Presse. 20.55 Rundfunkorchesterkonzert. 22.15 Konzert des Geigenquartetts „pro arte“. —
 Prag II: 7.30 Populäres Konzert. 14.15 Deutsche Sendung: Dr. Schmeißel: Helfsürsorge und Anstellungrecht. 14.30 Lustige Meinigkeiten. 18.00 Schrammelfonzert. —
 Brünn: 15.00 Rundfunkorchesterkonzert. 17.40 Deutsche Sendung: Arbeiterfund: Soziale Informationen; Verles: Die freie Zeit des arbeitenden Menschen. 19.10 Salonorchest. —
 Preßburg: 17.40 Hörsendungen. 19.55 Operettenmusik. —
 Kaschau: 11.05 Populäres Konzert. 12.05 Chansons. —
 Mähr.-Odrau: 18.10 Rundfunkorchesterkonzert.

WIRTSCHAFT DER WELT

Wirtschaftswandlungen in Südosteuropa

Wir haben bereits einmal auf die große Bedeutung der südosteuropäischen Länder: Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Rumänien und Ungarn für die Wirtschaft der Tschechoslowakei hingewiesen. Auch die überaus wichtige Rolle der Tschechoslowakei für die Wirtschaft von Südosteuropa ist von uns an derselben Stelle gewürdigt worden (vgl. Beilage zu Nr. 202). In folgender Tabelle ist der Außenhandel der Tschechoslowakischen Republik mit den fünf südosteuropäischen Staaten während der ersten acht Monate dieses Jahres dargestellt.

Außenhandel der Tschechoslowakei mit Südosteuropa Jänner-August 1936 (In tausend Kč)

	Einfuhr von:	Ausfuhr nach:	Ausfuhrüberschuh (+) bzw. Einfuhrüberschuh (-)
Bulgarien	32.076	42.109	+ 10.033
Griechenland	43.357	20.402	- 22.955
Jugoslawien	192.340	249.321	+ 56.981
Rumänien	210.817	261.907	+ 51.090
Ungarn	75.536	97.515	+ 21.979
Insgesamt:	554.126	671.254	+ 117.128

Die tschechoslowakische Ausfuhr nach den fünf südosteuropäischen Ländern beträgt in diesem Jahre (Jänner bis August) rund etwa 14 Prozent unserer Gesamtausfuhr, die Einfuhr von diesen Ländern rund 12 Prozent unserer Gesamteinfuhr. Dabei muß nicht außer acht gelassen werden, daß unsere Handelsbilanz mit Südosteuropa im ganzen aktiv ist und daß auch bei jedem einzelnen von den fünf Staaten, außer Griechenland, die Ausfuhr der Tschechoslowakei die Einfuhr übersteigt.

Die fünf südosteuropäischen Staaten bilden ein zusammenhängendes ungeheures Gebiet von 870.000 Quadratkilometer, ein Gebiet, das viel größer ist als das ehemalige Österreich-Ungarn. Die Bevölkerung dieses Riesengebietes, das über sechsmal so groß ist wie die Tschechoslowakei, hat allerdings eine Bevölkerung von bloß rund etwa 58 Millionen, also kaum 65 Einwohner pro Quadratkilometer, während unsere Bevölkerungsdichte rund 107 beträgt. Es handelt sich dabei um ein ausgesprochenes Agrargebiet, das immer noch halbkapitalistische Züge trägt, also viele Arbeitskräfte bei verhältnismäßig geringer Kapitalkraft besitzt.

Vor dem Kriege war das Verhältnis zwischen Südosteuropa und den „alten“ Industriestaaten Europas ziemlich eindeutig: Die südosteuropäischen Länder lieferten nach Europa im wesentlichen Nahrungsmittel und bezogen dafür von diesen in erster Linie industrielle Verbrauchsgüter. Seit dem Kriege und besonders seit der Weltkrise sind im Aufbau der südosteuropäischen Wirtschaft bedeutende Verschiebungen im Gange. Es handelt sich hierbei vor allem um die allmähliche Umstellung der Agrarproduktion von dem traditionellen Brotgetreideanbau auf die Erzeugung von Futtermitteln und Industriepflanzen (Flachs, Hanf, Baumwolle usw.) und, in zweiter Linie, um Industrialisierungsbestrebungen, die allen südosteuropäischen Staaten eigen sind. Der Preissturz für die landwirtschaftlichen Produkte auf den Weltmärkten und insbesondere die Schrumpfung der Absatzmöglichkeiten für Getreide infolge der Neagrarisierung (Rückkehr zur Landwirtschaft) der europäischen Industriestaaten, die als die wichtigsten Abnehmer der südosteuropäischen Agrarüberschüsse erschienen, stellen den bedeutendsten Wirtschaftszweig Südosteuropas die Landwirtschaft, vor die Notwendigkeit, seine Erzeugung den veränderten Marktverhältnissen anzupassen. Andererseits ist das Wachstum der Bevölkerung in Südosteuropa größer als anderswo in Europa. Die südosteuropäischen Staaten haben zudem mit ihrer meist fleinhäufigen Landwirtschaft eine besonders starke agrarische Lebensweise. So ist beispielsweise die Dichte der Landbevölkerung in Bulgarien und Jugoslawien etwa doppelt so groß wie in Deutschland. Die Senkung der Produktivität und die allgemeine Verarmung, die daraus zwangsläufig entspringen, können aber, da die Auswanderung in den letzten Jahren kaum eine Rolle mehr spielt, nur durch einen stärkeren Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft (Intensivierung) oder durch Industrialisierung wettgemacht werden.

Diese durch die Veränderung der Verhältnisse auf den Weltmärkten hervorgerufenen Wandlungen in dem Aufbau der südosteuropäischen Produktionswirtschaft spiegeln sich auch in dem Außenhandel deutlich wider. In der Einfuhr macht sich der wachsende Rohstoffbedarf der neuerschaffenen Industrien bemerkbar. In der Ausfuhr die Anpassung der Erzeugung an den gewandelten Bedarf der europäischen Absatzgebiete.

Unter den landwirtschaftlichen Rohstoffen Südosteuropas bildet das Getreide mit einer Produktion von durchschnittlich 25 Millionen Tonnen die wichtigste Gruppe. Etwa drei Viertel der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfallen in Südosteuropa auf den Getreideanbau. Bei normalen Ernten können die südosteuropäischen Staaten insgesamt etwa 3 Millionen Tonnen Getreide ausführen. Dabei spielen Weizen, Gerste und Mais die Hauptrolle. Trotz der anhaltenden Schwierigkeiten beim Absatz der Getreideüberschüsse im Auslande kann von einer klaren Tendenz zur Produktionsbeschränkung bis heute nicht gesprochen werden. In Jugoslawien und in Ungarn hat sich die Anbaufläche für Weizen und Roggen neuerdings erhöht. Die Anbaufläche für Weizen und Roggen hat (in allen Staaten von Südosteuropa insgesamt) im Durchschnitt der Jahre 1928/32 9,4 Millionen, im Jahre 1936 9,3 Millionen Hektar betragen. Dagegen kann man bei dem Futtergetreide, dessen Absatzmöglichkeiten im Auslande, trotz der Reagrarisierung der Industriestaaten sich bedeutend günstiger entwickelt haben als die von Brotgetreide, eine deutliche Steigerung der Anbauflächen feststellen. Dabei entfällt die Zunahme ausschließlich auf Mais, während der Anbau von Hafer und Gerste entschieden zurückgegangen ist.

Von den Industriepflanzen nehmen Tabak und Hopfen eine Sonderstellung ein. Die Tabakproduktion, die im Verlauf der Krise beträchtlich gesunken war, beginnt sich in den letzten Jahren wieder zu erholen. Bulgarien und Griechenland sind an der Weltausfuhr von Tabak mit rund 11 Prozent beteiligt. Für die Ausfuhr dieser beiden Länder ist der Tabak von ausschlaggebender Bedeutung: Der Anteil der Tabakausfuhr an dem Gesamtausfuhrwert hat 1935 in Bulgarien rund 43 Prozent und in Griechenland rund 50 Prozent betragen. — Jugoslawien ist das einzige Ausfuhrland Südosteuropas für Hopfen, aber die Steigerung der Hopfenpreise auf den Weltmärkten in den letzten Jahren hat seit 1933 fast in allen diesen Ländern zu einer Vergrößerung der Anbaufläche für Hopfen geführt. Stolz zugenommen haben auch die Anbauflächen für Hanf und Flachs, aber die Produktion reicht nur knapp zur Deckung des Eigenbedarfs aus. Kennzeichnend für die südosteuropäische Landwirtschaft kann die Baumwollekultur werden, die jedoch erst neueren Datums ist. In Bulgarien und Griechenland wird bereits die Hälfte des Eigenbedarfs durch einheimische Erzeugung gedeckt. In Bulgarien hat sich die Anbaufläche für Baumwolle von 1931 bis 1936 mehr als verdreifacht, in Griechenland mehr als verdreifacht. Hier, wie auch in Jugoslawien und zum Teil auch in Rumänien, sind noch große Möglichkeiten für die Entwicklung des Baumwollanbaues vorhanden. — Südosteuropa kommt schließlich auch als Sojaanbaugesbiet in Frage. In Jugoslawien nimmt die Baulfläche fast ein Drittel der gesamten Bodenfläche ein. Rumänien und Jugoslawien führen rund ein Viertel ihres gesamten Holzeingeholtes aus, Griechenland und Ungarn, in geringerer Maße Bulgarien, sind allerdings auf Holzeinfuhr angewiesen.

Aber Südosteuropa ist nicht bloß als landwirtschaftliches Gebiet von großer Bedeutung. Es besitzt auch zahlreiche mineralische Vorkommen. Die Kohlenvorkommen Südosteuropas werden bei Steinkohle auf 336 Millionen Tonnen und bei Braunkohle auf 13 Milliarden Tonnen geschätzt. Die bedeutendsten Lagerstätten von Kohle befinden sich in Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien. Die Petroleumfelder Rumäniens sind eine Energiequelle von weltwirtschaftlicher Bedeutung. Etwa zwei Drittel der rumänischen Erdölproduktion werden ausgeführt. In der Gewinnung von Eisenerz steht Jugoslawien an erster Stelle, das zugleich auch der wichtigste Kupferproduzent von Südosteuropa ist. Chromerz kommen in Jugoslawien, Griechenland und Rumänien vor. Bleierze vor allem in Jugoslawien, Ungarn und Jugoslawien gehören nach Frankreich, den USA und Italien zu den bedeutendsten Exportproduzenten der Welt. Die beiden Länder haben bei der Deckung des außerordentlich stark gewachsenen deutschen Brauzittrbedarfes eine besondere Bedeutung erlangt. Aus Waagit wird bekanntlich das Aluminium gewonnen, das besonders für die Luftfahrt eine große Wichtigkeit hat.

Die Gewinnung von Metallen ist jedoch in Südosteuropa, trotz des großen Erzreichtums, nur wenig entwickelt. Ueberhaupt sind die natürlichen Möglichkeiten der Rohstoffproduktion — mit wenigen Ausnahmen — noch kaum ausgenutzt. Ihre Ausbeutung steht infolge Kapitalmangels

und mangelhafter Verkehrsverhältnisse noch in den Anfängen. Trotzdem muß man auf die Erfolgsfolge der Industrialisierung, die besonders in den allerletzten Jahren bemerkbar sind, hinweisen. Das Volumen (Umfang) der Industrieproduktion hat zwischen 1932 und 1935 in Ungarn um rund 44 Prozent, in Rumänien um 37 Prozent, in Griechenland um rund 40 Prozent zugenommen. Besonders kräftig, wie nicht anders in einem jungen Industriegebiet zu erwarten war, hat sich in Südosteuropa die Textilindustrie entwickelt, diese wichtigste Industrie des Massenverbrauches. Aber auch die Erzeugung von Produktionsgütern ist im Wachstum begriffen.

Alles in allem: Südosteuropa befindet sich in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Dieser Aufschwung wird jedoch vor allem durch den Kapitalmangel und die mangelhaften Transportverhältnisse gehemmt. Auch die sehr geringe Kaufkraft der Bevölkerung ist als eine große Hemmung der wirtschaftlichen und insbesondere der industriellen Entwicklung von Südosteuropa anzusehen.

Verschiebungen innerhalb des Proletariats

Eine der interessantesten Erscheinungen in der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung in der ganzen Welt ist die Veränderung in der Zusammensetzung des Proletariats. Wir können uns im Rahmen dieser Berichte nicht ausführlich mit diesem Problem befassen, wollen jedoch hier einige Angaben über die Wandlungen in der Zusammensetzung des deutschen Proletariats bringen, die aber auch für die anderen hochkapitalistischen Länder, mit einigen Einschränkungen, Geltung haben. Hier zunächst die Veränderung in der Gliederung des deutschen Proletariats in den vier letzten Jahrzehnten.

Gliederung des Personals nach der Stellung im Betriebe 1895—1933 nach den Ergebnissen der deutschen gewerblichen Betriebszählung. Auf hundert Beschäftigte entfielen:

Jahr:	Betriebsleiter und mittelbefehle Familienangehörige	Angestellte	Arbeiter	Ansaf.
1895	32,5	4,4	63,1	100,0
1907	28,0	7,2	64,8	100,0
1925	23,7	16,8	59,5	100,0
1933	33,5	18,3	48,2	100,0

Die Spalte „Betriebsleiter und mittelbefehle Familienangehörige“ haben wir nur der Vollständigkeit halber gebracht. Für unsere Zwecke ist nur der Vergleich zwischen Spalte 2 und 3 von Wichtigkeit. Man sieht, wie die Bedeutung der Arbeiterschaft gegenüber der Angestelltenchaft im Laufe der Entwicklung relativ abnimmt.

Noch deutlicher wird dieser Vorgang in der folgenden Tabelle dargestellt, die die absolute und die relative Entwicklung des deutschen Proletariats während des letzten halben Jahrhunderts aufzeigt.

Deutsches Proletariat 1882—1933

Jahr	Beamte u. Angestellte in 1000	1882 — 100	Arbeiter in 1000	1882 — 100
1882	1230	100	8344	100
1895	2136	174	9805	118
1907	3328	270	11876	142
1925	6455	443	14709	176
1933	5517	449	14946	179

Diese Tabelle spricht eine deutliche Sprache. Während im Laufe eines halben Jahrhunderts die Zahl der Angestellten und Beamten sich mehr als verdreifacht

Kartellopper fordern eine Abfertigung

Die Firma „Sphing“, welche praktisch fast die gesamte Emailindustrie in unserem Staate beherrscht, hat im Zuge ihrer Rationalisierungsmagnahmen am 1. Juli 1931 ihren Betrieb in Würg eingestellt, wodurch über tausend Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Arbeitsstelle verloren. Die freigebliebenen Organisations haben wiederholt sowohl mit der Leitung der Firma als auch mit der patronisierenden Länderbank verhandelt, damit der Betrieb wieder aufgenommen werde. Alle diese Versuche sind bisher daran gescheitert, daß die Firma erklärte, sie müsse die Produktion in entsprechender Weise konzentrieren, so daß gegenwärtig die Haupterzeugung in Reschowitz bei Bodenbach und in Filalovo in der Slowakei vereinigt ist.

Nachdem die Arbeiter teilweise bis zu 40 Jahren im Betriebe beschäftigt waren und nach der Stilllegung des Würger Betriebes ihrer bisherigen Erwerbquelle beraubt wurden, ohne daß es den meisten möglich gewesen wäre, anderswo Arbeit zu finden, wurde die Forderung erhoben, daß man den Arbeitern und Arbeiterinnen wenigstens eine gewisse Abfertigung ausbezahle. Mit

anzusehen. Dieses Gebiet stellt aber bereits heute einen gewaltigen Absatzmarkt für die europäischen Industrieländer dar und bietet in Zukunft noch viel bedeutendere Möglichkeiten. Als Hauptkonkurrenten treten in Südosteuropa die Industrien von Deutschland und von der C.S.R. auf (vergl. Beilage zu Nr. 202). Berlin betrachtet Südosteuropa nicht bloß als einen erstrangigen Absatzmarkt, sondern auch als Hinterland für seine imperialistischen Ziele in Zentraluropa. Der große Rohstoffreichtum dieses Gebietes wird in Berlin als eine wichtige Basis für die deutsche Außenpolitik angesehen. Dagegen ist die Tschechoslowakei an der friedlichen Entwicklung von Südosteuropa interessiert. Eines der wichtigsten Probleme des tschechoslowakischen Exports ist das Problem der Hebung der Kaufkraft der bäuerlichen Bevölkerung Südosteuropas. Diese wichtige Frage läßt sich jedoch nur durch eine großzügige Finanzierungsaktion lösen. Auch hier, wie sonst, hängt die Entwicklung des tschechoslowakischen Exports mit dem Kreditproblem zusammen.

fast hat, hat sich die Zahl der Arbeiter bloß um etwa 80 Prozent vermehrt, also nicht einmal verdoppelt.

Wenn man sich nun die Frage vorlegt, weshalb eine solche Veränderung in der Zusammensetzung des Proletariats vor sich gegangen ist, so muß die Antwort lauten: das ist ein Ergebnis des technischen Fortschrittes. Je mehr der Produktionsprozeß mechanisiert wird, desto mehr wächst der Bedarf an Ingenieuren, Werkmeistern, Technikern aller Art, ohne daß eine entsprechende Zunahme der Arbeitskräfte notwendig ist. Das Schwerkgewicht verschiebt sich allmählich von der Handarbeit zur Kopfarbeit. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß der Handarbeiter nun im Produktionsprozeß überflüssig wird. Absolut gesprochen verbleibt auch heute noch und für absehbare Zeit der Handarbeiter die Zentralfigur im Betriebe, aber seine Rolle wird mit der Zeit relativ geringer.

Die Mechanisierung der Produktion führt aber dazu, daß statt der Handarbeit mehr und mehr mechanische Energiekräfte zur Verwendung kommen. Nach den Ergebnissen der deutschen Betriebszählungen entfielen in Deutschland in Industrie und Handwerk auf je 100 beschäftigte Personen:

Jahr	17,5 PS*) Kraftmaschinenleistung
1895	42,4
1907	90,0
1925	147,4
*) PS = Pferdestärke.	

Die Kraftmaschinenleistung hat sich also in den letzten fünfzig Jahren mehr als verdreifacht und in den letzten dreißig Jahren sich mehr als verdreifacht. Hand in Hand damit ging auch der Prozeß der Verdrängung der Handarbeiter durch die Maschine, der nur teilweise durch die Mehrbeschäftigung der Arbeiter in der Maschinen- und überhaupt in der Produktionsgüterindustrie wieder gut gemacht wurde. Die moderne Mechanisierung hat einen solchen Umfang angenommen, daß sie im Interesse der Arbeiter und Angestellten dringend nach einer drastischen Herabsetzung der Arbeitszeit verlangt.

dieser Frage hat sich eine zahlreich besuchte Versammlung der ehemaligen Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma „Sphing“ in Würg am 11. Oktober d. J. beschäftigt. Die Versammlung beschloß einstimmig, dem Metallarbeiterverband, welcher bisher die Aktion geführt hatte, ihr Vertrauen auszusprechen und bevollmächtigte ihn, die Verhandlungen weiterzuführen, und zwar in dem Sinne, daß entweder der Betrieb wieder aufgenommen oder der Arbeiterschaft eine entsprechende Abfertigung gewährt werde, die je nach der Zahl der abgearbeiteten Jahre abgestuft werden soll.

Die Geschäftsfreunden gegen Preistreiberen. Eine gemeinsame Konferenz familiärer Verwandtschaften der Union der Geschäftsfreunden und Vertreter beschloß, alle Mitglieder aufzufordern, ihre genaue Kenntnis fast aller geschäftlichen Transaktionen in den Dienst des von der Regierung gegen Preistreiberen geführten Kampfes zu stellen. Die Geschäftsfreunden und Vertreter sollen die besondere ihnen in unserer Wirtschaft zufallende Funktion dazu benutzen, gegen jede spekulative Ausnutzung der Abwertung und gegen jede unbegründete Preiserhöhung zu wirken. In einer besonderen Erklärung wurde jede Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel als sachlich völlig unbegründet bezeichnet.

Das Geheimnis von Belfort

Der Fall Georges Frogé — ein neuer Fall Dreyfus?

MP. Paris. Intendanturhauptmann George Frogé, ehemaliger Platzkommandant der Festung Belfort, der am 2. Mai 1934 unter der Festschuldigung verhaftet wurde, Festungspläne an den früheren polnischen Offizier und späteren deutschen Spion Stanislaus Krauß verkauft zu haben, etwas später vom Kriegsgericht fünf Jahre Zwangsarbeit bekam und in die Strafanstalt Besancon übergeführt wurde, ist jetzt durch einen Gnadenakt des Justizministers Marc Pucart bedingungsweise auf freien Fuß gesetzt worden und hat sich, nach kurzem Aufenthalt in Paris, sofort nach Lyon begeben, um gemeinsam mit seinem dort wohnenden Verteidiger, Rechtsanwalt Claps, die Wiederaufnahme seines Prozesses zum Zweck seiner völligen Rehabilitierung in die Wege zu leiten.

Ein seltsamer Darlehensgeber

Die Aufdeckung der sogenannten „Frogé-Affäre“ war eine der größten Aktionen der französischen Spionageabwehr innerhalb unseres Jahrzehnts. Ein scheinbar bedeutungsloser Zufall brachte sie ins Rollen. Einigen Beamten der Sureté Nationale war aufgefallen, daß in den Zeitungen des Festungsgebietes in regelmäßigen Abständen Annoncen erschienen, in denen ein Herr Tworch sich erbot, Offizieren und Militärbeamten unter vorteilhaften Bedingungen Darlehen zu geben. Als man die in den Anzeigen angegebene Wohnung durchsuchte, fand man dort mehrere Umschläge mit aufgedruckter Adresse, aus denen sich ergab, daß die gesamte Korrespondenz nach Amsterdam weitergeleitet wurde.

Ein französischer Offizier, der an der lothringischen Grenze stationiert war, antwortete auf eine dieser Annoncen und erfuhr so, daß er Geld bekommen könne, wenn er bereit sei, bestimmte militärische Geheimnisse auszuliefern. Der Offizier benachrichtigte sofort seine vorgesetzte Dienststelle und man arrangierte eine Zusammenkunft mit dem angeblichen Geldgeber, der dem Offizier bereitwillig Geld zur Reise nach Paris zur Verfügung stellte und ihm einen fingierten Liebesbrief schickte, in dem die Andeutung enthalten war, daß er das Geld bekommen werde.

Im Dunkel des Tuilleries-Parks

Die Zusammenkunft fand zu später Nachtstunde in den Tuilleriesgärten statt, in deren Dunkel mehrere Beamte der Sureté Nationale bereits warteten und den „Geldgeber“, der sich als der bereits genannte Stanislaus Krauß entpuppte, ohne Schwierigkeiten verhafteten. Sofort einem eingehenden Verhör unterzogen, gestand er ein, mit der Methode der Darlehensanzeigen und Liebesbriefe in Zusammenarbeit mit zwei anderen Agenten, Gschmann und Mehr, bereits seit vier Jahren zu arbeiten und insgesamt rund 100.000 Francs für Befestigungspläne ausgegeben zu haben. Ein gewisser Joseph Peter Müller und ein weiterer deutscher Spion, der mit Krauß zusammengearbeitet hatte, konnten auf dessen Geständnis hin ebenfalls festgenommen werden.

Nach den Lieferanten der Pläne befragt, gab Krauß, der in der Hauptverhandlung vor dem

Kriegsgericht zehn Jahre Zwangsarbeit erhielt, den Namen des Platzkommandanten der Festung Belfort, Intendanturhauptmann Georges Frogé, an, von dem er angeblich Befestigungs- und Aufmarschpläne erster Bedeutung erhalten und an interessierte deutsche Stellen weitergegeben zu haben.

Geldnot als Verratsmotiv?

Der Untersuchungsrichter von Belfort durchforschte daraufhin das Privatleben des Beschuldigten. Frogé galt als äußerst tüchtiger, ehregeiziger Offizier, aber die mit der Untersuchung beauftragten Beamten glaubten Beweise dafür entdeckt zu haben, daß er sich mehrfach in finanziellen Schwierigkeiten befunden und sein Bankkonto überzogen hätte, und daß seine Schwiegermutter gezwungen gewesen sei, bei der Bank mit ihrem Vermögen für ihn einzuspringen.

Andererseits gab der unmittelbare Vorgesetzte Frogés, Oberleutnant Deranque, zu Protokoll, Frogé habe in seiner Abwesenheit „ohne ersichtliche Veranlassung“ vertrauliche Auskünfte über die Mobilisierungsmaßnahmen im Bereich der 7. Armee angefordert, und es sei ihm natürlich ohne Schwierigkeiten möglich gewesen, hiervon Kopien anzufertigen und diese zu verkaufen.

Zwei bei dem verhafteten Spion Gschmann vorgefundene Schriftstücke, die in den Prozessakten als „Lettre Annet“ und „Billet A.“ figurieren, schienen diese Angaben zu bestätigen, die den Richtern in ihrer Gesamtheit als hinreichendes Indiz erschienen, um den angebeschuldigten Offizier schuldig zu sprechen und zu fünf Jahren Zwangsarbeit, Degradation und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu verurteilen.

Ein zweiter Dreyfus kämpft um seine Ehre

Frogé hat in den seither verfloffenen zwei Jahren nie aufgehört, seine Schuldlosigkeit zu beteuern und um seine Rehabilitierung zu kämpfen. Er hat zunächst gegen das Urteil Berufung eingelegt, a. er sein Einspruch wurde vom Kassationshof verworfen. Sein Verteidiger, der gleichfalls von seiner Unschuld überzeugt ist, hat in unermüdlicher mühsamer Kleinarbeit Indiz auf Indiz zu seiner Entlastung und Rehabilitierung zusammengetragen. Es gelang ihm, den bündigen Beweis dafür zu erbringen, daß verschiedene für das Urteil ausschlaggebende Angaben der Untersuchungsbehörden unrichtig waren. Frogé hatte überhaupt keine Schulden gehabt; er hatte auch nie sein Bankkonto überzogen, und seine Schwiegermutter hatte infolgedessen auch nie für ihn einspringen müssen.

Rechtsanwalt Claps unterbreitete diese Feststellungen den zuständigen Behörden, um sie zu einer Wiederaufnahme des Prozesses zu bewegen. Die Behörden erwiderten, daß seine Angaben, selbst wenn sie zutreffend seien, nicht hinreichend seien, um die gegen Frogé erhobene Anklage unter anderen Gesichtspunkten erscheinen zu lassen. Die drei Brüder Frogés kämpften mit verbesserter Fähigkeit für die Anerkennung seiner Unschuld. Der ältere von ihnen, Kommandant Christian Frogé, wandte sich an den Präsidenten der Republik, an den Ministerpräsidenten Laval und seinen Nachfolger Sarraut, an den Justizminister und organisierte öffentliche Kundgebungen. Es war alles vergebens; die Justiz ließ ihr Opfer nicht los.

Existiert auch ein zweiter Esterhazy?

Jetzt hat der sozialistische Justizminister Marc Pucart, selbst ein Sohn des Grenzgebietes und fest von Frogés Unschuld überzeugt, seine

Die Hintergründe des Kirow-Mordes und des Moskauer Trotzkiisten-Prozesses

werden in dem soeben erschienenen Roman

Und dennoch...

von Margarete Neumann aufgezogen.

Preis kart. K 18.—

240 Seiten.

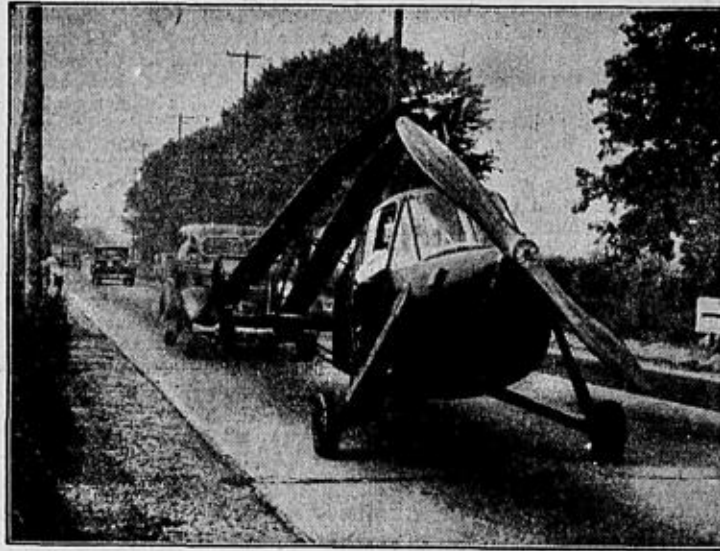
Zu beziehen durch die Zentralstelle für das Bildungswesen, Prag XII., Stegfa 13.

Freilassung verfügt. Er hat sich dabei über alles juristische Herkommen hinweggesetzt, da nach den Bestimmungen des französischen Militärstrafrechtes die Haftentlassung eines wegen Spionage Verurteilten vor Ablauf der Strafdauer nur zulässig ist, wenn sich neue entlastende Umstände ergeben haben, die im Augenblick der Urteilsfällung nicht bekannt waren und — wenigstens zur Stunde — im Falle Frogé noch nicht vorhanden sind. Aber er hat Recht daran getan, denn die Affäre Frogé drohte zu einem Brennpunkt innerpolitischer Parteikämpfe zu werden. Christian Frogé ist Royalist, und seine politischen Freunde begannen, den Kampf um die Rehabilitierung seines Bruders, der keiner Partei angehört, aber gefühlsmäßig der Volksfront nahe steht, zu ihrer Parteifache zu machen. Der schnelle Entschluß des Justizministers hat den hieraus drohenden Komplikationen zeitigen einen Riegel vorgeschoben.

Die Freilassung Georges Frogés ist am zwanzigsten Jahrestage des Tages erfolgt, an dem er als Führer der Spitzengruppe des 350. Infanterieregimentes unter heftigem deutschen Artilleriefeuer als erster die schwer umkämpfte Höhe zwischen Morval und Comblès erklomm. Vielleicht ist das ein gutes Omen für den jetzt erneut von ihm begonnenen Kampf um die Wiederherstellung seiner Ehre, in dem sich bisher immer wieder unbestimmbar der Eindruck geheimer Gegenarbeit unkontrollierbarer Mächte ergab.

Frogé hat bereits den dokumentarischen Beweis dafür erbracht, daß er die Mobilisierungspläne, wegen deren angeblichen Verrat er verurteilt wurde, nicht aus sich selbst heraus, sondern auf dienstlichen Befehl des ihm vorgesetzten Generalintendanten Clemancon angefordert hatte, um sie in dessen Auftrage zu bearbeiten. Das zweite ausschlaggebende Indiz des 1934 gegen ihn geführten Schuldbeweises ist also zusammengefallen; die Aussage des Oberleutnants Deranque hat sich als unrichtig herausgestellt, und Frogé hat gegen ihn beim Kriegsministerium bereits Anzeige wegen Meineids und Fälschung erstattet. Liegt in dieser Anzeige der Schlüssel zur Ermittlung des „Esterhazy“ dieser zweiten Dreyfus-Affäre, der vielleicht mit falschen Schuldbeweisen und bewußt unrichtigen Aussagen feindlicher Agenten operierte, um seine eigene Entladung zu verhindern? Das Wiederaufnahme-Verfahren der Frogé-Affäre, dessen Einleitung täglich zu erwarten ist, wird hierüber Klarheit schaffen.

Ernest K i e s e w e t t e r.



Flugzeug als Auto

Dieses neuartige Hub-Schrauben-Flugzeug hat den Vorzug, daß man es auch als Straßenfahrzeug verwenden kann. Die Flügel werden zurückgefaltet, und das „Auto“ ist fertig. Bei der Fahrt auf der Straße erreichte dieses Flugzeug, das in Amerika ausprobiert wurde, eine Geschwindigkeit von rund 40 Kilometer.

„Das ist bei uns nicht möglich“

In achtundzwanzig Theatern und in fünf Sprachen (Englisch, Jiddisch, Deutsch, Italienisch und Spanisch) wird in diesem Herbst in den Vereinigten Staaten Sinclair Lewis' Theaterstück „It can't happen here“ („Das ist bei uns nicht möglich“), Dramatisierung seines unter dem gleichen Titel erschienenen Romans, aufgeführt werden. Hätte der Roman nicht arabisches Aussehen erregt, wäre der Verwerf der Bühnen um das Drama nicht so groß gewesen. Der Erfolg des Romanes ist begründet: Sinclair Lewis erzählt in diesem Buch vom Sieg des Faschismus in den Vereinigten Staaten. Ein utopischer Roman also, ein grotesk-utopischer Roman, da doch in keinem Lande der Welt die faschistische Gefahr fernher sein kann als in dem der alten, festen, auf mehrhundertjährige Tradition sich stützenden amerikanischen Demokratie?

Aber: Das ist bei uns nicht möglich! haben auch die wenigen bürgerlichen und die vielen proletarischen Demokraten in Deutschland und Österreich gefagt und sie haben es fest geglaubt. Es ehrt sie gewiß, daß sie das deutsche Volk so hoch einschätzen, es der Selbstentrechtung und des Ertragens faschistischer Barbarei für unfähig zu halten. Es waren keineswegs bloß die einfachen unpolitischen Menschen, die einen Sieg des Faschismus in Deutschland für unmöglich hielten, — es waren bis nach Hitlers Einsetzung in die Macht, bis zur Reichstagswahl am 5. März und darüber hinaus noch auch führende Politiker der Linken, die fest davon überzeugt waren, der faschistische „Spul“ müsse in kürzester Zeit verfliegen, zerflattern. Weil „nicht sein kann, was nicht sein darf“. Nun mag man einwenden, daß in jenen Ländern, die heute noch demokratisch sind, die Demokratie, errungen in wirklichen Revolutionen, lebendig auch im Denken der Menschen, viel gescheitert ist als sie es jemals in Deutschland war. Aber in welchem demokratischen Lande gibt es

keine faschistischen Strömungen? Ist demnach nicht Sinclair Lewis' Warnung berechtigt, ja notwendig?

Der Roman „Das ist bei uns nicht möglich“ erschien in deutscher Uebersetzung im Querido-Verlag in Amsterdam. Auch deutsche Leser können nun Sinclair Lewis' wirklichkeitsnahes Phantasiegebilde kennen lernen. Sie werden neben manchem von europäischen Verhältnissen Abweichenden auch viele Parallelen finden. So den „legalen“ Machtantritt des Diktators, der emporgetragen wurde — wie der deutsche Faschismus — von einer unklaren Massenbewegung, die Mißachtung und Auslöschung der Verfassung nach dem Machtgewinn, den Terror, der sich ausbreitet in den Konzentrationslagern und auf den Nichtstätten, die allmähliche Enttäuschung der wundergläubigen Anhänger und die Verschärfung des Terrors, die wachsende Korruption, — hundert kleine Züge, die wir am deutschen Faschismus kennen, — ja auch Bücherverbrennungen gibt es! Und wenn Sinclair Lewis die amerikanischen Reinger des Geisteslebens auch die Werke von Dickens verbrennen läßt, so hat auch das seine Parallelen: als vor deutschen sozialistischen Buchhandlungen gewaltige Scheiterhaufen errichtet und auf diesen die „marxistischen Hefeschriften“ verbrannt wurden, verpöhlten neben diesen auch die Werke der deutschen Klassiker. Denn für die SA-Bilden war Buch eben Buch und als solches verdächtig...

Berzelius Windrip, der amerikanische Diktator, ist zwar weniger interessant, weil unkomplizierter als der deutsche, ja er erscheint dem Leser neben dem hysterischen und manischen Deutschen in seiner einfachen, mit Schläue gemischten Brutalität beinahe als sympathische Persönlichkeit, aber er ist nicht weniger gefährlich. Er ist ja gleichfalls nur der vorgeschobene, hinausgestellte „Führer“, Werkzeug einer Clique, die genau weiß, was sie will. — Neben ihm steht der teuflisch-geschickte Lee Sarason, sein Sekretär, Manager, Propagandachef, dem Dr. Goebbels nachgezeichnet, — und darin, daß Lewis nicht ihn allein, den Dr. Goebbels, sondern viele Gestalten des deutschen Faschismus und viele seiner Erscheinun-

gen ins Amerikanische übertragen hat, liegt vielleicht eine künstlerische Schwäche des Romans, aber auch ein Teil seiner propagandistischen Stärke. Denn viel anschaulicher, viel eindringlicher, plastischer als die täglich erscheinenden und täglich von anderen Meldungen überschrienen und mit dem Tag verblasenden Zeitungsmeldungen vermag die Zusammenfassung im Roman die Hölle der Greuelthaten des Faschismus zu schildern. Gerade darin besteht ein Teil der starken Wirkung des Romans in Amerika, daß man dort weiß: das Bild des erdichteten amerikanischen Faschismus ist ein getreues Abbild der deutschen Wirklichkeit!

Jeder Diktator muß sich gegen die Geistigkeit wenden, gegen die Gessiesfreiheit. Jeder Diktator muß aber selber so tun, als stünde er in irgend einer Beziehung zum Geist. Auch Berzelius Windrip hat — gleich seinem deutschen Vorbilde — ein Buch geschrieben. Es heißt „Die Stunde Null“ und ist noch viel dümmere, aber auch unpathetischer als das des „Führers und Reichsfanzlers“. Es war ein köstlicher Einfall des Dichters, vielen Kapiteln seines Romans Bitate aus diesem Buche voranzustellen...

Und Berzelius Windrips Weg, der Weg des amerikanischen Faschismus? Windrip wird von Sarason gesteuert, der sich an seiner Stelle zum Diktator macht, aber dem Wegbereiter gnädig erlaubt, außer Landes zu gehen. Herrn Windrip macht es nicht viel aus, er hat dafür gesorgt, daß genug Geld für ihn in Europa bereit liegt. — Sarason wird vom Kriegsminister Hail umgebracht und Hail wird Diktator. Nun wird die Diktatur zu einer militärisch-straffen, und bald kommt es auch zu dem für die nationale Ehre so notwendigen Kriege, zu einem Kriege gegen Mexiko. Jetzt bricht aber auch der Unfrieden aus, die Erhebung des Westens und Mittelwestens, unterstützt von einem Teil des Militärs. Und während einander Bürgerkriegsfronten gegenüberstehen, arbeiten im noch faschistischen Teile des gewaltigen Landes die Illegalen.

Die Illegalen! Arbeiter also, Sozialisten? Nur zum geringeren Teile und Lewis macht nicht sie, sondern den Bürger, in dem die alte demokra-

tische Tradition lebendig ist, den Individualisten, der die persönliche Freiheit will, zum Träger der antifaschistischen Bewegung — und Verfechter dieser Schichten des amerikanischen Volkes ist Domenico Jesup, ein durchaus unheimlicher, ganz einfacher, freilich gebildeter und anständiger Journalist in einer Kleinstadt. Warum nicht die Arbeiter? Die Schwäche, die an Bedeutungslosigkeit grenzende Schwäche des amerikanischen Sozialismus, die Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit der amerikanischen Arbeiter noch fern von Klassengefühl und Massenbewußtsein ist, hat Lewis, dessen Roman ja bei der heurigen Präsidentschaftswahl zu spielen beabsichtigt, also nicht in einer ferneren Zeit, in der es vielleicht schon eine proletarische Bewegung in Amerika geben wird, dazu geföhrt, seinen Appell gegen den Faschismus nicht an die Arbeiterklasse, sondern an den demokratischen, aber doch nicht im Formalen stehenden, sondern die Notwendigkeit sozialer Umgestaltung erkennenden Staatsbürger zu richten. Ja, sein antifaschistischer Appell ist zugleich Aufruf zu dieser Neugestaltung! Denn das macht Lewis zum Ziel der antifaschistischen Bewegung: „Nie, nie wieder zu einem Regierungssystem zurückzukehren, das vom Profit, durch den Profit, für den Profit existiert!“ Der neue, den Faschismus ablösende Staat müsse eine „große Genossenschaft sein, deren Leitung über alle Produktionsmittel verfügen muß“.

Für Amerika scheint Sinclair Lewis eine zu sozialer Neugestaltung führende, den amerikanischen Besonderheiten entsprechende, aus ihnen sich ergebende sozial-revolutionäre Bewegung zu wünschen. Sie für notwendig zu halten, um jedes dem Faschismus ähnliche System zu verhindern. Für jene europäischen Länder, in denen die Demokratie noch lebt, der Faschismus noch schwach und unentwickelt ist, erst Wunschtraum schwärmender Narren und einzelner kühler rechnender Kapitalisten, mag das Buch Lewis' Mahnung und Warnung sein!

Nicht ein gläubiges: „Das ist bei uns nicht möglich!“, sondern ein entschlossenes: „Das darf bei uns nie geschehen!“ —fb—

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Rationalisierung, Bedeaux- und Prämien-system in der Textilindustrie

In der Textilindustrie sind die Voraussetzungen für technische Verbesserungen im Arbeitsprozeß bei weitem nicht in demselben Maße gegeben, wie etwa in der Metallindustrie, wo die Maschine eine weit größere Rolle spielt. Trotzdem versuchen in der letzten Zeit gerade hier die Unternehmer, immer mehr die Leistungen der Arbeiter zu steigern, oft mit Mitteln, die vom gesamtwirtschaftlichen, ganz besonders aber vom sozialen Standpunkt aus, verwerflich sind. Sehr oft versuchen — unter dem Deckmantel wissenschaftlicher Systeme, unter welchen vor allem das sogenannte „Bedeaux-System“ am meisten genannt wird — einzelne Unternehmen, durch eine Mehrzuteilung von Maschinen und vor allem auch durch eine starke Verschleunigung des Tempo der Arbeiter, höhere Leistungen zu erreichen. Die einzelnen Arbeitsverrichtungen werden von hiezu angeworbenen Ingenieuren mit Stoppuhren gemessen und in ihre Elemente zerlegt. Das Ergebnis dieser Messungen wird dann unter Berücksichtigung einiger kurzer Erholungspausen in Normaleinheiten umgewandelt, diese werden als Mindestleistungen festgesetzt und nach Punkten bewertet. Im allgemeinen gilt als normale Leistung eine solche, in welcher eine Arbeitsmenge, die sechzig Punkten entspricht, geleistet wird. Die Wirkungen dieses Systems sind, nach dem wirtschaftlichen Erfolg gemessen, durchaus nicht überzeugend, auf der anderen Seite aber sind die sozialen und gesundheitlichen Folgen des Bedeaux- oder anderer Prämien-systeme geradezu verheerend für die Arbeiterschaft.

In den Textilbetrieben wird zum Großteil im Fließband gearbeitet. Die alten Arbeitsysteme tragen in sich schon den Zwang für den Arbeiter, seine Arbeitskraft voll zu verausgaben. Das Bedeaux- und andere Prämien-systeme haben aber immer die Tendenz, die gegenwärtigen Leistungen der Arbeiterschaft nach weit mehr hinaufzuschrauben. Es ist wiederholt vorgekommen, daß eine weitere Steigerung der Arbeitsleistungen um 20, 30, 40, auch 50 und mehr Prozent verlangt wurde. Von dies den Unternehmern gelang, mußten die Arbeiter, wenn sie ihren früheren Lohn verdienen wollten, ein derartiges Geschwätz in der Arbeit einschlagen, daß die Wirkungen auf die Gesundheit des Arbeiters bald zu sehen waren. Es zeigten sich bei Bedeaux- und Prämienarbeitern nervöse Erscheinungen und Schwächezustände, die davon herrühren, daß sie während der Arbeitszeit fast keine Erholungspausen einschleichen können. Am schlimmsten treffen diese Wirkungen den älteren und alten Arbeiter, für welchen die Umstellung auf die Arbeitsweise nach Bedeaux manchmal geradezu unerträglich wird. Auf ihr Alter und ihre gewohnte Art, die Arbeit zu verrichten, wird keine Rücksicht genommen; sie werden mit einer genau so hohen Arbeitsleistung belastet, wie jüngere, unverbrauchte Kräfte. Um im Lohn nicht zurückzufallen, versuchen sie — unter Einsatz ihrer ganzen Kraft — gleichen Schritt mit den anderen zu halten. Das gelingt kurze Zeit, dann kommt der Mühsaltag. Die Folgen sind ein rascher Verbrauch der Kräfte und — ein dauerndes Gerahfen unter die vom Betrieb festgesetzten Normalleistungen. Diese Arbeiter werden langsam in die Kategorie der Unterpunktarbeiter eingereiht und bei der ersten besten Gelegenheit wegen ihrer „Minderleistungsfähigkeit“ aus den Betrieben entfernt.

Das Bedeaux-System und Systeme, die auf ähnlicher Grundlage beruhen, tragen aber auch eine Gefahr für die Kollektivregelung der Lohns- und Arbeitsverhältnisse in sich. Fast alle Verträge sind auf der Grundlage der Stunden- und Akkordlöhne bei bestimmten Leistungen abgeschlossen worden. Durch die neue Bewertung der Arbeitsleistungen werden zu einem Teil die Grundlagedaten zerstört, auf welchen die Verträge aufgebaut wurden, die Leistungen müssen steigen, während die Löhne im günstigsten Falle dieselben bleiben, wenn sie nicht mit der Zeit sogar gesenkt werden. Fast in allen Kollektivverträgen ist der Grundfah festgelegt, daß für niedrigste Arbeit auch kein Lohn gezahlt wird. Die Folge und die Konsequenz dieser Feststellung müßte normalerweise sein, daß für Mehrleistungen auch mehr Lohn gezahlt werden muß. Diese Konsequenz wird beim Bedeaux- und ähnlichen Prämien-systemen im allgemeinen nicht gezogen. Im Gegenteil, gemessen an den früheren Zuständen zeigt der Lohn für so herausgepreßte Mehrleistungen eine sinkende Tendenz.

Besonders bedrückt aber die Arbeiter in den Betrieben, in welchen nach Bedeaux gearbeitet wird, die Unübersichtlichkeit der Verrechnung, weil bei diesen komplizierten Feststellungen und Kalkulationen der Arbeiter niemals genau weiß, ob seine Leistungen richtig eingetragene und bewertet wurden. Das Geschweiz der sechzig Punkte kann von den wenigsten Arbeitern enträtselt werden und so kommt es vielfach vor, daß der Arbeiter zwar die ganze Woche schwer gearbeitet hat, aber am

Schluss dieser Zeit nicht kontrollieren kann, ob er seinen richtigen Lohn erhalten hat.

Der große Streik bei Mauthner in Grünwald ist deshalb entstanden, weil sich die Arbeiterschaft gegen Mehrleistungen gewährt hat, die oft 30, 40 und mehr Prozent betragen haben, wobei noch die Löhne beträchtlich gesenkt werden sollten. Bei der Firma Hermannhaus in Reichenberg gab es mehrere kurze Betriebsstörungen, wobei noch die Löhne beträchtlich gesenkt werden sollten. Bei der Firma Schroll in Brannau wird dauernd versucht, das Bedeaux-System einzuführen und Konfliktstoffe sind dort in großer Zahl vorhanden. Die Firma Chorus in Prag führt ein Mehrleistungssystem ein, in dem sie von einzelnen Arbeiterkategorien eine Steigerung der Arbeitsleistung verlangt, die 40, 50 und in einem Falle sogar 100 Prozent beträgt. Bei der Firma Fröhlich in Wambsdorf werden ebenfalls Messungen vorgenommen, der Versuch eines Konfliktstoffes konnte nur dadurch vorläufig beseitigt werden, daß den Arbeitern ein bestimmtes Kontrollrecht bei den Messungen eingeräumt wurde. Auf diesen Firmen gibt es noch eine ganze Anzahl anderer, bei denen ebenfalls ähnliche Bestrebungen Streit und Aufregung verursachen.

Die Ursachen dieser neuen Rationalisierungswelle liegen außer in den konstanten Bestrebungen der Unternehmer, die Rentabilität ihrer Betriebe zu vergrößern, sicherlich darin, daß die Löhne und zu einem Teil auch die anderen Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge und durch gesetzlichen Schutz eine gewisse Stabilität erreicht haben. Die Kollektivverträge, die Regie-

rungsverordnung über ihre Unkündbarkeit und die Regierungsverordnung über die Zwangsverbindlichkeit und Ausdehnung von Kollektivverträgen in der Textilindustrie haben in ihrer Gesamtheit das Lohnniveau in der Textilindustrie festgesetzt und ohne offene Auseinandersetzungen oder ungesetzliche Maßnahmen können die Unternehmer vorläufig nur wenig an diesem Zustand ändern. Die wilde Konkurrenz innerhalb der Industrie, die früher zu einem großen Teil durch Lohnabbau auf dem Rücken der Arbeiter ausgetragen wurde, ist nach dieser Richtung hin etwas abgekopft. Nun zeigt sich, daß einzelne Unternehmer durch die Einführung des Bedeaux- und anderer Systeme neuerlich versuchen, ihre Kostenlasten herabzubürden und sich so auf Kosten der Gesundheit und des Lohnes der Arbeiterschaft von neuem unbedingte Vorteile im Konkurrenzkampf verschaffen. Ein Teil der gesunden Tendenzen, die in den Verordnungen über die Rechtsverbindlichkeit der Kollektivverträge enthalten sind, werden so umgangen und zerstört. Es besteht die Gefahr, daß der Unternehmer, der rücksichtslos genug ist, seiner Arbeiterschaft solche Systeme aufzuzwingen, einen Vorsprung gegenüber den anderen gewinnt, der versucht, die schwierige Zeit auch unter Berücksichtigung der Gesundheit und der Lebenshaltung der Arbeiter zu überwinden. Die Gewerkschaften in der Textilindustrie, im besonderen die Union der Textilarbeiter, haben bereits gegen diese Erscheinungen die notwendigen Schritte eingeleitet und sie werden versuchen, die Schäden dieser neuen Rationalisierungswelle von den Arbeitern abzuwehren. Es werden aber auch der Staat und alle öffentlichen an unserem Wirtschaftsleben interessierten Stellen an diesen Erscheinungen nicht achtlos vorübergehen können. Die Vermehrung der Arbeitslosigkeit durch die Prämien-systeme und die erhöhten Gefahren für die Gesundheit der Arbeiter dürfen nicht unbeachtet bleiben. Früher oder später wird zu diesen Zuständen in den Textilbetrieben auch von dieser Seite einmal ein ernstes Wort gesprochen werden müssen.

Offensive und Gegenoffensive in Spanien

Aus Madrid wird der „Arbeiter-Zeitung“ geschrieben:

Seit der Einnahme von Toledo durch die Kolonnen Francos sind fast zwei Wochen vergangen, und in dieser Zeit sind die Angreifer im Tajotal nur wenig weiter gekommen. Sie versuchen, vom Norden in der Sierra Guadarrama unsere Stellungen in der Richtung von Navalperal zu durchbrechen und von Nordosten über Sigüenza, den Ring enger zu schließen. Die Bedrohung Madrids ist jetzt wieder ein wenig losgelassen. Aber der 12. Oktober, das Datum, das Franco für seinen Einmarsch in die kastilische Hauptstadt verlobet hat, ist vorübergegangen, ohne daß er einen entscheidenden Erfolg erzielt hat. Was sich bei der Räumung von Toledo gezeigt hat, bestätigt sich in den heftigen Kämpfen im nördlichen Bogen: die Regierungstruppen gehen nicht mehr regellos, sondern nur dann zur Hand, wenn es der Oberkommandant, General Mangada, strategisch für notwendig hält — jedoch erst, wenn die neue Stellung schon vorbereitet ist; das befreit sie auch von den Gegenangriffen, die derzeit für die Generalsarmee immer wieder eine Störung ihres jeweiligen Angriffsplanes bedeuten. Der Regierungsgeneralstab scheint derzeit die Tatsache auszunützen, daß die Milizen in der Defensive besser sind als in der Offensive; diese überaus zähe Verteidigung macht das Vordringen der Weissen so verlustreich, daß es sie jetzt schon verlangsamt hat und die Möglichkeit schafft, daß die große Offensive Francos an der Schwierigkeit des Menschengescheßes stecken bleibt. Auf jeden Fall hat jeder gewonnene Tag bisher der Regierung Caballero einen größeren Spielraum für ihre Verteidigungsvorbereitungen und für die Seeresorganisation gegeben.

In Asturien, im Baskenland und an der Aragonfront sind seit einiger Zeit die Regierungskräfte in der Offensive. In Asturien sind die Dynamiteros nun tatsächlich schon in Oviedo eingedrungen, wenn auch das Beispiel des Alcazars von Toledo dazu zwingt, ein solches Eindringen nicht mit der Eroberung der ganzen Stadt gleichzusetzen. Aber es ist bisher nicht nur gelungen, die Erschölkolonne Rolas für Oviedo aufzuhalten, sondern die Bergarbeitermilizen stoßen auch immer wieder in Beunruhigungsgeschehen gegen Westen, gegen Galicia, und Süden, gegen die Provinz León vor. Der Sozialist Belarmino Tomás, der nun zum Generalgouverneur von Asturien und León ernannt wurde — er hat seinerzeit im asturischen Aufstand eine hervorragende Rolle gespielt —, hat bei seinem letzten Aufenthalt in Madrid berichtet, daß seit kurzer Zeit erst die asturischen Milizen sich nicht mehr nur auf individuelle Tapferkeit und das Dynamit der Bergarbeiter stützen können, sondern daß sie nun auch halbwegs ausgerüstet sind. Das hat sich sofort ausgewirkt, und bei dem Kampf um Oviedo spielen vor allem die Regierungstruppen und Panzerwagen eine wichtige Rolle. In Wahrheit ist das große und qualitativ ausgezeichnete Menschenreservoir der asturischen Bergwerksgebiete erst seit Anfang dieses Monats richtig in den Kampf eingesetzt worden.

Burde die Regierungsoffensive in Asturien erst durch die Lösung der Ausrüstungsfrage er-

möglicht, so hatte die auch erst jetzt einsehende Offensive im Baskenland politisch-organisatorische Voraussetzungen. Noch vor zwei Wochen war Bilbao unmittelbar gefährdet. Der Verlust von San Sebastian und Irún war zum Teil auf mangelnde Führung, auf den gänzlichen Mangel an Zusammenwirken zwischen den verschiedenen Gruppen dieses Gebietes zurückzuführen. Die baskischen Nationalisten hielten sich in der Unterstützung der Arbeitermilizen empfindlich zurück, wenn sie auch eindeutig gegen die Generals-Stellung nahmen. Der Jahrbucherte alte Kampf um die baskische Autonomie ist aber nun am 1. Oktober in der kurzen Sitzung der Madrider Cortes mit einem Sieg der Vasen zu Ende gegangen. Die Annahme des „baskischen Statutes“ in dieser Sitzung und damit die Formierung des „País Vasco“, des „Baskenlandes“ als selbständiges, autonom sich verwallendes und regierendes Land innerhalb der Spanischen Republik hat ganz große Erfolge. Die baskischen Katholiken, in deren Namen Aguirre, der inzwischen von den Gemeindevertretern des Baskenlandes zum Staatsoberhaupt gewählt wurde, in den Cortes für die „Christlichkeit“, gegen den Merkantilismus seine Solidarität mit der kämpfenden Arbeiterschaft erklärt, sind jetzt mit Clap in den aktiven Kampf, praktisch in die Milizenbände eingetreten.

Die neue Offensive der Regierungstruppen gegen San Sebastian und Irún ist schon die erste Auswirkung. Vor allem aber konnte, nachdem die schweigende Passivität der baskischen Nationalisten aufgegeben wurde, sehr rasch ein funktionierendes Oberkommando und ein Offiziersstab geschaffen werden, dem sich auch die bisherigen Hauptträger des Widerstandes, die Arbeitermilizen, einliedern. Die neue baskische Regierung wird von den baskischen Nationalisten und den Sozialisten getragen, unter Führung der Kommunisten und Linkstreuphilanten. Es wird sehr wichtig sein, wie weit die militärische Zusammenarbeit zwischen dem so reorganisierten Baskenland und Asturien lauft und dadurch die gesamte Nordfront einheitlich operationsfähig macht.

Die dritte Offensive der Regierungstruppen erfolgt an der Aragonfront, also von Katalonien aus. Hier wurde in den ersten Oktobertagen ein vom Auslande unterschätzter Erfolg errungen, als die Bergfestung Montearagón, die Hueca beherrscht, eingenommen wurde. Der Druck unserer Truppen gegen Hueca verhindert, daß von Nordosten her der Ring um Madrid verstärkt wird. Falls die Einnahme von Hueca gelingen sollte, so würde das Truppen der Angriffsarmee gegen Madrid abziehen. Denn dann würde die Nordarmee der Generale Gafar Laisan, von Katalonien und von Asturien her in die Range genommen zu werden. Die Erfolge der katalanischen Truppen sind allerdings davon abhängig, wie wirksam im autonomen Katalonien die militärischen Operationen vereinheitlicht und die großen Menschen- und Materialkräfte für die Kriegstätigkeit außerhalb des eigenen Gebietes mobilisiert werden. Die neue Regierung, oder vielmehr der „Rat der Generalität“ (wie der Name mit Rücksicht auf die Abneigung der Anarchisten gegen die Namensgebung des bürgerlichen Staates lautet), hat in dieser Richtung schon zu

arbeiten begonnen. Der Rat hat alle gedienten Unteroffiziere einberufen, die militärische Ausbildung der Jahrgänge von zwanzig bis dreißig Jahren obligatorisch gemacht, eine Fliegerhochschule eingerichtet, und was nicht das Unwichtigste ist, sich in einem Dekret gegen die „isolierte Initiative“ bei Kollektivierung der Betriebe gewandt, deren Durchführung dem Räte zustünde. Hinter diesem Dekret steht wiederum ein Stück Entwicklung innerhalb der anarcho-syndikalistischen Betriebsarbeiterschaft und in der Spitze der CNT, die nunmehr ihre „herrschastlosen“ Prinzipien in allmählicher Erkenntnis der Gesamtschere zugunsten der notwendigen Planifizierung aufgeben.

Hitler protestiert. (Ru.) Die französische Presse ist in der Ablehnung des deutschen Protestes gegen die Rede von Thorez ziemlich einmütig. Das radikale „Ouvrier“ meint, das Ziel des deutschen Mandävers sei klar. Hitler wolle vor allem die inneren französischen Zwistigkeiten schüren, indem er die eine Gruppe gegen die andere aufhebe. Außerdem möchte Berlin sich jenen französischen Kreisen anbieten, die nach deutscher Erwartung früher oder später zur Macht kommen werden. Deutschland fühle sich überhaupt stark genug, um eine außerordentliche diplomatische Aktivität zu entwickeln, deren letzter Zweck es sei, festzustellen, ob dieser oder jener Staat noch instand sei, Hitler und seiner Politik einen Widerstand entgegenzusetzen. Der rechtsgerichtete „Sour“: „Wir wissen selbst was wir von unseren Kommunisten zu halten haben. Was darüber Hitler und seine Freunde denken, hat für uns keine Bedeutung und wir fragen auch gar nicht danach.“ „Echo de Paris“, das gleichfalls recht eingestellt ist, stellt fest, daß die Reden von Thorez und von den anderen kommunistischen Rednern keinen ausgesprochen „bolschewistischen“ Charakter getragen haben. Eber habe Thorez eine politische Rede gehalten, indem er auf die Gefahren der Hitlerischen Politik für die Sicherheit Frankreichs hingewiesen habe. Es scheint, daß die Heßkampagne, die aus Anlaß der Rede von Thorez von der deutschen Presse eröffnet wurde, einen besonderen Zweck verfolgt. Vielleicht handelt es sich dabei um die Unterstützung jener verächtlichen Agitation gewisser Elsaßscher Autonomisten, die sich neuerdings zu der Behauptung vertragen haben, es sei für das Elsaß besser, wieder deutsch zu werden als im Verstande eines sich offenkundig bolschewisierenden Frankreich zu verbleiben. Möglich aber, daß dieser ganze Lärm bloß den Zweck verfolgt, den in den letzten Wochen energisch betriebenen „Anschluß“ von Danzig zu deden.

Victor Emmanuel als „Kaiser und König“. (Ru.) Am 9. Mai hat der italienische König auf die Initiative von Mussolini sich den Titel „Kaiser von Abyssinien“ zugelegt. Franzosen, ebenso wie die große Mehrzahl der übrigen Völkerverbündeten, hat jedoch die Annexion von Abyssinien nicht anerkannt. Wie soll man nun das Verlaubungsschreiben für den neuen französischen Vorkämpfer in Rom adressieren? Würde man in diesem Schreiben den italienischen König als abessinischen Kaiser ansprechen, so wäre darin auch die Anerkennung der Annexion von Abyssinien seitens Frankreichs ausgesprochen. Das will man aber in Paris vermeiden, und hat sich deshalb zur folgenden „schönen“ Lösung des schwierigen Problems entschlossen: Die Verlaubungsschreiben für den neuen französischen Vorkämpfer werden folgendermaßen adressiert: „Seiner Majestät, Victor Emmanuel, Kaiser und König.“ Auf diese Weise wird einerseits die Eitelkeit gewahrt, andererseits aber das unbecommene Wort „Abyssinien“ vermieden.

Gerichtssaal

Wegen Amtveruntreuung verurteilt Und doch keine niedrigen Beweggründe

Vor dem Greter Schwurgericht fand Freitag und Samstag der Prozeß gegen den Leiter des städtischen Fürsorgeamtes in Rißtern, den Offizial Johann Schöner, statt, der des Amtsmissbrauchs und der Veruntreuung anderwärts Gelder im Betrag von 28.549 Kč beschuldigt wurde. Schöner, der unbescholten und auf befehlsmäßig ist und dem das Zeugnis eines fleißigen Beamten ausgestellt wurde, hat seit 1920 Leiter des städtischen Fürsorgeamtes; neben den Lebensmittellisten hatte er noch eine Liste anderer Obliegenheiten zu erfüllen. Als der Konsumverein „Vorwärts“ von der Gemeinde Rißtern einen erheblichen Betrag für eingelagerte Lebensmittel zu fordern hatte, während andere Gemeinden auf Grund der Ruweisungen durch die Reichsbehörde ihre Verpflichtungen erfüllt hatten, entstand der Verdacht, daß im Rißterner Fürsorgeamt etwas nicht in Ordnung sei, und es wurde eine Untersuchung eingeleitet, die zur Erhebung der Anklage gegen Schöner führte.

Der Veruntreuung war Schöner im weitestestens nachsichtig. Als Zeugen wurde u. a. der frühere Bürgermeister Sacher, Amtsdirektor Hütkel und die Frau des Schöner vernommen. Wie nach dem Ergebnis des ersten Verhandlungstages kaum anders zu erwarten war, sprachen die Geschworenen den Offizial in einem Punkt des Mißbrauchs der Amts-gewalt und in allen Punkten der Amtveruntreuung schuldig, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu schwerem Kerker in der Dauer eines Jahres verurteilte. Da mehrere Amtsverbrechen vorlagen, konnte das Gericht keine bedingte Verurteilung aussprechen. Da aber die Geschworenen die Frage, ob Schöner aus niedrigen oder unehrenhaften Beweggründen gehandelt habe, verneint, tritt das Gericht zu dem milderen Straßmaß und befiehlt dem Verurteilten auch das Wählrecht.

